

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Breis pränumerando
Eierzeitung 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inferflons-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltene Reklam-
geile über deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Berichts-
und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 27. August 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Brest-Litowsk von den Russen preisgegeben.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
26. August 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Beau-Sejour in der Champagne
wurde ein vorgestern beschießer Sprengtrichter gegen fran-
zösische Angriffe behauptet.

Zwei feindliche Flugzeuggeschwader warfen gestern
im Saartal oberhalb und unterhalb von Saarlouis
Bomben. Mehrere Personen wurden getötet oder ver-
letzt; der Sachschaden ist unwesentlich. Vor ihrem Start
waren die Geschwader in ihrem Hafen Nancy mit gutem
Erfolge von unseren Jägern angegriffen worden;
außerdem bühnten sie vier Flugzeuge ein; eines stürzte bei
Bolchen brennend ab, Führer und Beobachter sind tot;
eines fiel bei Remilly mit seinen Insassen unverfehrt in
unsere Hände; ein drittes wurde von einem deutschen
Kampfflieger bei Arracourt (nördlich von Luneville)
nicht vor der französischen Linie zur Landung gezwungen
und von unserer Artillerie zerstört; das vierte landete
im Feuer unserer Abwehrgeschütze bei Moivrons (südlich
von Romeny) hinter der feindlichen Front.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
Bei Hausk und Schönberg (südöstlich von
Mitau) haben sich Gefechte entwickelt.

Östlich und südöstlich von Rowno nehmen die
Kämpfe ihren Fortgang. Vor Olita nähern sich unsere
Truppen den Vorstellungen des Feindes. Zwischen
Sejnh und Merez (am Njemen) wurde der Feind
geworfen. Auch im Walde östlich von Augustow dringen
Teile der Armee des Generalobersten v. Eichhorn nach
Osten vor.

Weiter südlich wird um den Beresowka-
Abschnitt gekämpft. Unsere Spitzen haben Bial-
stok erreicht. Die Armee des Generals v. Gallwitz
warf den Feind vom Orlanka-Abschnitt (nördlich
und südöstlich von Bielsk) zurück.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Der schwergeschlagene Feind flüchtete in das Innere
des Bialowieska-Forstes. Nur südlich des
Forstes in der Gegend nordwestlich von Kamieniec-
Litowsk hält er noch stand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.
Die Festung Brest-Litowsk ist ge-
fallen.

Während das österreichisch-ungarische Korps des
Feldmarschalleutnants v. Arz gestern nachmittag nach
Kampf zwei Forts der Westfront nahm, stürmte das
brandenburgische XXII. Reserve-Korps die Werke der

Nordwestfront und drang in der Nacht in das
Brennwerk ein. Der Feind gab darauf die
Festung preis.

Auf der ganzen Front der Heeresgruppe, vom
Bialowieska-Forst bis zum Sumpfbereich
am Pripjet (südöstlich von Brest-Litowsk) ist die
Verfolgung im vollen Gange.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. August. (W. Z. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 26. August 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Festung Brest-Litowsk ist gefallen. Die
ungarische Landwehr des Generals v. Arz entriß gestern dem
Feind das südwestlich der Festung gelegene Dorf Kobylansk,
durchbrach damit die äußere Gürtellinie und fiel dem zunächst
liegenden Werk in den Rücken; weigalitzische, schlesische und
nordmährische Heeresinfanterie erstürmte gleichzeitig ein Fort
südlich der Ortschaft Koroszczyn. Deutsche Truppen bemäch-
tigten sich dreier Werke an der Nordwestfront und besetzten heute
früh die an der Bahnbrücke gelegene Zitadelle. Unterdessen
drängten die Verbündeten den Feind auch über die Lesna und
im Wald- und Sumpfbereich südlich Brest-Litowsk zurück,
und unsere von Nowel nordwärts verfolgende Reiterei warf
russische Kosaken bei Bucin und Dyzwa. Bei den in Oß-
galizien stehenden Armeen nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Dobersbo-Abschnitt griffen die Italiener
gestern mittag den Monte dei sei Busi neuerdings an. Sie
wurden, wie immer, zurückgeschlagen. Vor dem Gärzer
Brückenkopf herrschte Ruhe. An der übrigen küsten-
ländischen Front fanden stellenweise heftige Geschüßkämpfe
statt; so namentlich im Raume von Ritsch, wo sich die feind-
liche Infanterie vorsichtig heranarbeitete. Der bereits gestern
als abgeschlagen gemeldete Angriff gegen den Nordabschnitt
der Goshkache von Labarone wurde von starken feindlichen
Kräften geführt; nach zehntägiger, auch die Nächte hindurch
andauernder heftiger Beschüßung unserer Werke steigerte
die feindliche Artillerie vorgestern abend ihr Feuer gegen die
Front Gima bei Messena-Basson zu größter Schnelligkeit.
Bis nach Mitternacht überschüttete sie unsere Stellungen mit
Geschossen aller Kaliber. Sodann schritten mehrere Infanterie-
Regimenter und Alpini-Bataillone zum Angriff. Unsere
braven tiroler Truppen und Standbeschützen, von österreichischen
Schützen und der Artillerie hervorragend unterstützt, schlugen
alle Stürme zurück. In den Morgenstunden war der feindliche
Angriff endgültig zusammengebrochen. In den Hindernissen
allein liegen 200 tote Italiener; danach läßt sich ermessen,
welche Opfer dieser Angriff gekostet haben mag. Wir hatten
nur geringe Verluste. Einer unserer Flieger erzielte in der
Munitionsfabrik von Bredein mehrere Bombentreffer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Meldung des russischen Generalstabes.

Petersburg, 26. August. (W. Z. B.) Bericht des
Großen Generalstabes vom 25. August. In der
Gegend von Riga keine Veränderung. In der Richtung auf
Jakovstadt und Dwinsk dauern westlich die Kämpfe
annähernd auf derselben Front an. In der Gegend von
Wina unternahm am 24. d. M. der Feind einige Teil-
angriffe auf der Front nordwestlich von Jewje. Wir schlugen
diese Angriffe ab. Am mittleren Njemen ziehen sich
unsere am linken Ufer operierenden Truppen allmählich gegen
den Fluß zusammen.

Auf der Front zwischen Bobr und der Gegend von
Brest-Litowsk setzt der Feind seinen Druck auf den
Hauptabschnitt unserer Stellung westlich des Waldes von
Bialowieska zwischen der Chaussee nach Bielsk, der Station
Saintbooka (Gajnowka?)—Wysoka—Litowsk und Prujanj fort.
Während des 24. und 25. d. M. schlugen wir westlich von
Brest-Litowsk feindliche Angriffsvorläufe auf unsere
Stellungen ab.

Am rechten Ufer des Bug bemüht sich der Feind
längs der Chaussee von Wischa nach Maralyto vorzudringen.
Südlich von Wladimir-Wolynski unbedeutende Vorposten-

gefechte. In Galizien auf einzelnen Teilen unserer Front
teilweise Gemehr- und Geschüßfeuer.



Die Festung Brest-Litowsk.

Die kommende dritte Kriegs-
anleihe.

Als das Zeichnungsergebnis der zweiten Kriegs-
anleihe bekannt geworden ist, haben wir an dieser Stelle darauf hin-
gewiesen, daß die starke Geldflüssigkeit und der große Erfolg
der Anleihe aus der weitgehenden Einschränkung der privaten
Wirtschaftstätigkeit einer- und der großen Kriegsbestellungen
des Reiches andererseits herrühren. Darob wurden wir zu-
nächst von der „Vossischen Zeitung“ und dann von Dr. Vensch-
scharf angegriffen. Heute ist unsere Erklärung der wirtschaft-
lichen Quellen der finanziellen Kriegführung zu allgemeinem
Gut geworden.

So schrieb beispielsweise die „Frankfurter Zeitung“ am
1. August:

„Wir haben im Frieden die ersparten Kapitalien für die
Errichtung neuer Fabriken und für die Erweiterung der alten
verwendet, für die Melioration unserer Acker und die Ver-
größerung unseres Viehstandes, für den Bau von Häusern
und Verkehrsanlagen, für die Schaffung von Unternehmungen
im Auslande und für den Erwerb ausländischer Wert-
papiere — wir stellen sie jetzt restlos dem Reiche für die Zwecke
der Kriegführung zur Verfügung, denn jede andere Ver-
wendungsgelagegenheit fehlt. . . . Vor allem aber:
Wir schaffen flüssiges Kapital für den Reichsbedarf, indem
wir unsere Vorräte flüssig machen. Die Genossenschaft mit
unbeschränkter Haftpflicht namens Deutschland veranstaltet ja
jetzt einen Ausverkauf, wie ihn die Welt noch nie ge-
sehen hat: die Rohstoffe in den Speichern werden allmählich
vermindert, um erst nach dem Kriege wieder aufgefüllt zu
werden; große Warenlager an Automobilen, an Lederwaren,
an Luchsen, an Verbandstoffen, an zahllosen anderen Dingen,
werden vom Reiche aufgekauft; alte Vadenbüter im Grob- wie
im Kleinhandel kommen wieder zu Ehren und werden zu
Geld gemacht, während sie bisher als tote Last dalagen, weil
nur neue Ware verlangt wurde; der Viehbestand wird ver-
mindert, und die Bauern bekommen dafür Geld — es ist eine
Liquidation von nie dagewesenem Umfange, die da statt-
findet, und ihr ganzer Erlös findet in den Kriegs-
anleihen seine Anlage. Es ist ein einfacher Kreislauf: das
Reich ist der Käufer, und das Geld für die
Käufe leisten ihm diejenigen, die für das er-
löste oder ersparte Geld in den Kriegs-
anleihen die beste Kapitalanlage sehen.“

So ist es in der Tat: das in Jahrzehnten friedlicher Ar-
beit aufgespeicherte Gut wird jetzt vom Kriege vernichtet, zu-
gleich aber dessen Besitzern ein Anrecht auf die Früchte der
zukünftigen Arbeit verliehen. Vergebens haben wir aber er-
wartet, daß Vensch auch die Frankfurterin belehren werde, wie
man in dieser Beziehung „unlernen“ soll. Wird er es noch
nachträglich tun?

Worauf es uns jetzt ankommt, ist die Prognose, ob die
dritte Kriegs-
anleihe den gleichen Erfolg haben werde wie die
zweite. Es ist richtig, daß auch momentan starke Geldflüssig-
keit herrscht. Tägliches Geld wird mit 2 Proz. verzinst. Das
kann aber aus Mangel an Nachfrage herrühren, keineswegs
aus Kapitalüberfluß. In Wirklichkeit sind inzwischen die Re-
serven des Landes vermindert worden; die Vorräte sind ver-
zehrt und in Kriegs-
anleihen verwandelt worden.

Trotzdem darf man annehmen, daß auch für die dritte
Kriegs-
anleihe große Summen aufgebracht werden. Denn die
Einzahlungen auf sie werden ja erst im Oktober erfolgen,
wenn ein großer Teil der Ernte schon realisiert worden ist.
Die dadurch flüssig gewordenen Kapitalien werden der dritten
Kriegs-
anleihe zugute kommen. Noch wichtiger ist es, daß ein
großer Teil der kommenden dritten Anleihe schon im voraus
faktisch gemacht worden ist. Bis Oktober werden die Kriegs-
kosten mindestens 20—22 Milliarden Mark, wenn nicht noch
mehr betragen. An Anleihen hat aber das Reich im ganzen
13,5 Milliarden aufgenommen, so daß 6,5—8,5 Milliarden
schon durch Schatzwechsel gedeckt sein müssen. Wenn das Reich
dann mit der neuen Kriegs-
anleihe herauskommen wird, so
wird sich, wie das „Berliner Tageblatt“ richtig bemerkt, die
Einzahlung in sehr großem Umfange im Wege der Verrech-
nung und des Ausgleichs vollziehen, d. h. das Reich wird für
die Anleihenmittel seine bei den Banken diskontierten Schatz-
wechsel in Zahlung zurückerhalten. Dadurch wird die laufende
Reichsschuld durch eine fundierte ersetzt, der Kurs der Noten
und des Wechsels verbessert, für die weitere Kriegführung
aber bleibt doch nur der frühere Weg der Schatzwechselfiskon-
tierung bei der Reichsbank und bei den anderen Banken.

Die finanziellen Folgen einer neuen Dreißigmilliarden-
schuld liegen auf der Hand. Ihre Verzinsung allein erfordert
einen Aufwand von 1,5 Milliarden Mark; rechnet man die
Ausgaben für Tilgung und Verwaltung, für die Entschädi-
gung an die Bundesstaaten und Gemeinden, sowie zur

Deckung der Defizite im Etat, so kommen wir auf einen Betrag von annähernd zwei Milliarden Mark, also um etwa ein Drittel mehr als sämtliche Steuern und Zölle des Reiches vor dem Kriege eingebracht haben.

Man darf dabei nicht vergessen, daß der Krieg ungeheuerliche Aufwände für Pensionen und Invalidenunterstützungen haben werde, die schon vor dem Kriege 142,5 Millionen verschlungen haben. Die Reichsschuld forderte 1913 238,1 Millionen; zusammen mit den Pensionen ergeben sich also ein Betrag von 380 Millionen Mark. Nach dem Kriege werden die Reichsschuld und Pensionen mindestens 2,6 Milliarden Mark erfordern, also um nur ein geringes weniger als die gesamten, ordentlichen wie außerordentlichen, Reichsausgaben von 1912! Die bisherigen Einnahmen des Reiches könnten also nur reichen, um die Schuldzinsen zu zahlen; für alle weiteren Ausgaben, vor allem für die Rüstungsausgaben, werden neue Steuerquellen geschaffen werden müssen. Wer sich der Steuerkämpfe von 1908 und 1909 erinnert, kann sich leicht vorstellen, welche innerpolitischen Kämpfe man entgegensteuert.

Festungen im modernen Krieg.

Berlin, 26. August. (W. Z. B.) Mit Brest-Litowsk ist wiederum ein starker russischer Waffenplatz gefallen. Ein neues Glied der russischen Sperre — eines der letzten — ist gesprengt, ein neuer für die Versammlung und Verschiebung größerer Heeresmassen besonders wichtiger Punkt dem Feinde abgenommen. — Als Festungsbesieger stehen unsere Truppen seit dem Anfang dieses Krieges unerreicht da. Im Westen sind neun Festungen in unsere Hand gefallen: Lüttich, Namur, Longwy, Montmédy, La Fere, Laon, Maubeuge, Antwerpen und Lille. Außerdem sechs Forts: Manonville, Givet, Les Ayvelles, Hirson, Conde und Camp des Romains. Im Osten hat Rußland die elf Festungen: Libau, Rujan, Pultusk, Wjngorod, Warschau, Lomza, Ostrolenka, Rowno, Rowo-Georgiewsk, Osowiec und Brest-Litowsk an uns verloren. — Die Begegnung der festen Plätze in Belgien und Frankreich fällt in die ersten zehn Wochen des Krieges, die der russischen Festungen — von der Besetzung Libaus am 8. Mai 1915 abgesehen — erst am Ende des ersten Kriegsjahres begonnen. Trotz den in der Zwischenzeit überall gesammelten Erfahrungen ist aber das Bild in seinen Grundzügen unverändert geblieben: Einer regelrechten Belagerung durch deutsche Truppen widersteht kein fester Platz. In kurzer Zeit erliegen die Werke und die Besatzungen der Besatzungstruppen der ungeheuren Wirkung der deutschen und österreichisch-ungarischen schweren Geschütze. Lüttich fiel in überraschendem Sturm, Namur nach fünfzigstündiger, Maubeuge nach zweitägiger Beschießung, Antwerpen, die stärkste Festung der Welt, nach zwölftägiger Belagerung durch verhältnismäßig schwache Truppen. Einen Teil der obengenannten Festungen und Forts verteidigten die Franzosen überhaupt nicht. Ein anderer Teil wurde ihnen nach kurzer Beschießung genommen. In mehreren Fällen war ein Infanteriesturm nicht mehr nötig. Ganz ähnlich ist es nun auch im Osten ergangen. Libau, Rujan, Pultusk, Wjngorod, Ostrolenka und Osowiec sind ohne regelrechte Belagerung gefallen. Warschau gaben die Russen preis, als die Monierstellung von unseren Truppen genommen war, und auch Praga räumten sie nach vier Tagen. Wjngorod wurde am 18. Tage nach dem Beginn des Angriffs besetzt, Rowno nach zwölftägiger Beschießung. Aber auch die Einnahme der großen Festung Rowo-Georgiewsk mit ihren mehr als siebenhundert Geschützen und über zwei Armeekorps Besatzungstruppen hat wenig länger gedauert: am 7. August fiel schon das Fort Dembe, am 12. August der ganze Platz in unsere Hände. Bei Brest-Litowsk wurde eine Woche lang um die Vorstellungen gekämpft und dann die ständige Befestigung sofort im Sturm genommen.

Wie weit diese Erfahrungen, die sich in so auffälliger Weise nach dem Ablauf des ersten Kriegsjahres erneuern, bereits einen allgemeinen Schluß auf den Wert der Festungen im Kriege der Gegenwart zulassen, kann späteren Erörterungen vorbehalten bleiben. Uns mag vorerst die erfreuliche Tatsache genügen, daß unsere Gegner keine auch nur annähernd ähnlichen Erfolge im Kampfe gegen Festungen aufzuweisen haben. Tsingtau und Przemyśl sind erst nach einer monatelangen Belagerung voll heftiger Kämpfe ruhmreich gefallen. Die feste Woyen ist unermessbar geblieben. So sind wir vorderhand berechtigt, die Fähigkeit zur überraschend schnellen Begegnung fester Plätze als eine besondere Eigenart der deutschen Truppen und unserer Verbündeten anzusehen. Den Führern, die so Großes erzielten, den Tapferen, die es durchstritten, und den Männern, die dazu die gewaltigen Waffen erlernen und fertigen, schulden wir dafür um so mehr Bewunderung und Dank.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 25. August. (W. Z. B.) Amtlicher Kriegsbericht von heute nachmittag: Im Artois, im ganzen Abschnitt nördlich Arras nachts ziemlich lebhaftes Geschützfeuer. Um Souchez und Neuville Kämpfe mit Handgranaten. In der Umgegend von Rohe und Lassigny andauernd lebhafter Artilleriekampf. Aus der Champagne und den Argonnen werden nur einige Zwischenfälle beim Minenkrieg gemeldet. In den Vogesen Handgranatenkämpfe am Barrenkopf. Eins unserer Flugzeuge bewarf in der Nacht den Bahnhof Pörrach im Großherzogtum Baden mit Bomben.

Paris, 26. August. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Auf der gesamten Front Artilleriekampf. Die heftigsten Artilleriekämpfe entwickelten sich im Abschnitt nördlich von Arras, zwischen Somme und Dife, in der Champagne, in den Argonnen und im Priesterwalde. In diesen beiden letzteren Abschnitten griffen unsere Schützengraben-Kampfwerkzeuge und unsere großkalibrige Artillerie mehrmals wirksam ein. In den Vogesen nahm im Hechtalle, wo wir die eroberten Stellungen einrichten, die Kanonade an Stärke ab. Es fand kein Infanteriegefecht statt. Ein Aviatikflugzeug warf vier Bomben auf Besoul ab. Eine Frau und ein Kind wurden verletzt. Der Sachschaden ist gering.

Deutsches Luftschiff über niederländischem Gebiet.

Hann, 25. August. (W. Z. B.) Das Korrespondenzbureau teilt mit: Am 18. August ist gemeldet worden, daß ein Luftschiff über niederländisches Gebiet gefahren ist. Der deutsche Gesandte hat nun am 23. August im Auftrag seiner Regierung der holländischen Regierung mitgeteilt, daß an jenem Tage ein deutsches Luftschiff durch heftigen Nordwind und böiges Wetter über nieder-

ländisches Gebiet abgetrieben wurde. Sobald das Schiff sich zu orientieren vermochte, bemerkte es die Abweichung vom Kurs und schlug die Richtung nach der See ein, die zwischen Blieland und Ter Schelling wieder erreicht wurde. Die deutsche Regierung hebt hervor, daß der bedauernde Vorfall ausschließlich die Folge besonderer atmosphärischer Verhältnisse war, die den Führer des Schiffes irreführten, und fügt hinzu, daß seit dem Beginn der Feindseligkeiten den Führern der deutschen Luftschiffe strenge Befehle erteilt wurden, niemals über die Gebiete neutraler Staaten zu fahren.

Der Seekrieg.

Eine Aktion deutscher Kreuzer.

Amtlich. Berlin, 26. August 1915. (W. Z. B.) Am 25. August abends hat einer unserer kleinen Kreuzer die russische Signalstation Kap-Süd-Risina auf der Insel Dago beschoßen und teilweise zerstört. Zur gleichen Zeit hat ein anderer kleiner Kreuzer die Signalstation Andreasberg, gleichfalls auf Dago, mit Erfolg unter Feuer genommen. Feindliche Streikräfte wurden nicht gesichtet.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes, gez.: Vehnke.

Vom U-Bootkrieg.

Kopenhagen, 26. August. (W. Z. B.) Die „Berlingske Tidende“ meldet, ist der Dampfer „Rimrod“ von Leith in Kopenhagen angekommen. Er fuhr auf seiner Reise durch die Nordsee an nicht weniger als sechs großen brennenden Schiffen vorbei, die augenscheinlich alle mit Holz beladen und von deutschen Unterseebooten in Brand gesetzt worden waren.

Bericht der White Star-Linie über den Untergang der „Arabic“.

London, 26. August. (W. Z. B.) Die White Star-Linie gibt bekannt, es sei zweifellos, daß die „Arabic“ torpediert worden sei. Der Kapitän habe zwar nicht das U-Boot, aber mit Bestimmtheit den Torpedo gesehen. „Arabic“ habe nicht versucht, das U-Boot zu rammen, da man es von der Kommandobrücke nicht gesehen habe, habe auch nicht versucht, zu entkommen, sondern nur den Kurs geändert, als man den Torpedo sah. „Arabic“ sei ohne Warnung torpediert worden und zwar 60 Seemeilen südlich von Irland.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 10. August. (W. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht. Im Abschnitt von Lonale bemächtigten unsere Truppen sich nach entsprechender artillerischer Vorbereitung am 21. August des vordersten Teiles des Strinotales (Rocce) und zwangen die feindlichen Abteilungen, die es besetzt hielten, zum Rückzuge. Der Feind ließ sein Barackenlager in unserem Besitz. Gegen die eroberten Stellungen eröffnete der Feind plötzlich heftiges Artilleriefeuer und schickte dann Infanterie mit Maschinengewehren gegen sie vor, wurde aber mit empfindlichen Verlusten zurückgeschlagen und ließ viel Waffen, Munition und verschiedenes Material in unseren Händen. Im Spital von Cordevole versuchte der Feind gestern unsere Stellungen vom Col di Lana gegen Salefi Agai durch Artilleriefeuer und Handgranaten zu beschädigen, wurde jedoch durch unser Feuer wirksam bekämpft und mußte sein Vorhaben aufgeben. Am Tsongo, besonders um Tolmein und Plava, und auf dem Karst, entwickelte der Feind starke Artillerietätigkeit gegen unsere Werke. Ein Versuch, die von uns zerstörte Bahnstrecke von Kadefina bis östlich von Monfalcone wiederherzustellen, wurde durch beständige Wachsamkeit der Unseren verhindert. Heute vormittag überflog ein feindliches Flugzeug Brescia. Es gelang ihm, dem Feuer unserer Abwehrgeschütze zu entgehen und vier Bomben abzuwerfen, die sechs Personen töteten und mehrere verletzten. Alle diese Personen gehören der Zivilbevölkerung an. Gezeichnet Cadorna.

Englische Darstellung der letzten Dardanellenkämpfe.

London, 26. August. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. In einem amtlichen Bericht von den Dardanellen über die Kämpfe seit dem 8. August am westlichen Ende der Halbinsel Gallipoli wird gesagt: Es bestanden getrennte Angriffslinien. Die erste war die des australisch-neuseeländischen Korps, die andere war die von der Sublavucht, wo die eben angelommene Armee kämpfte. Ferner wurde ein Angriff vom Kap Helles in Richtung Krithia unternommen. Trotz des fortwährend heftigen Kampfes und der schweren Verluste auf beiden Seiten erreichten unsere Truppen in keinem der beiden Gebiete ihr Ziel, obwohl sie ihm entschieden näher kamen, und das Gebiet, das sich in unseren Händen befindet, beträchtlich ausbreitete. Der Angriff des australisch-neuseeländischen Korps richtete sich auf den Saribair-Öbunul-Hügel, hatte aber nicht das gewünschte Ergebnis. Die australisch-neuseeländischen Korps vermochten nicht die Stellungen auf der Höhe zu halten und mußten sich nach den unterhalb gelegenen Stellungen zurückziehen. Der Angriff aus Sublavucht zum Stillstande, nachdem er zweieinhalb Meilen vorwärts gekommen war. Das gewonnene Gelände reichte aus, um uns in Stand zu setzen, die Linien aneinanderzuschließen und eine Front von mehr als zwölf Meilen zu bilden. Als neue Verstärkungen angekommen waren, gewann das australisch-neuseeländische Korps noch dreiviertel Meilen an Boden. Nachdem wir die vorgeschobenen türkischen Laufgräben auf der linken Front bestürmt hatten, kamen alle Divisionen ins Gefecht. Sie machten Fortschritte; da sie aber den Gipfel der Höhe nicht erreichen konnten, wurden sie nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückgedrängt. Die Verluste des Feindes sind viel schwerer als die unserer. Das gewonnene Gelände ist sehr wichtig. Man soll daraus aber nicht schließen, daß wir das eigentliche Ziel erreicht haben. Weitere ernste Kämpfe werden nötig sein, um einen entscheidenden Sieg davonzutragen.

Geheimes Verfahren gegen den „Labour Leader“.

Manchester, 26. August. (W. Z. B.) In dem Vorverfahren gegen den „Labour Leader“ ist beschlossen worden, die Dessenlichkeit bei der Hauptverhandlung auszuschließen.

London, 25. August. (W. Z. B.) „Daily News“ kritisiert in einem Leitartikel, daß das Verfahren gegen den „Labour Leader“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden solle, und weist darauf hin, daß die Northcliffepresse monatelang Dinge veröffentlichte, die Englands Beziehungen zu fremden Mächten schädeten und die Rekrutierung sehr ungünstig beeinflussten. Nichts anderes sei es aber, was die Auflage dem „Labour Leader“ zur Last lege.

„Labour Leader“ über die belgischen Gesandtschaftsberichte.

Ueber die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus belgischen Archiven veröffentlichten Gesandtschaftsberichte sagt der „Labour Leader“ in seiner Nummer vom 12. August, daß er vergeblich nach ihrer Wiedergabe in der englischen Presse Ausschau gehalten habe. Der Einblick in die deutsche Veröffentlichung erkläre dieses Schweigen. Sie enthielten außerordentliche Enthüllungen, die das englische Publikum unter keinen Umständen erfahren dürfe. Das Blatt gibt dann selbst einen verständnisvollen Auszug daraus.

In seiner folgenden Nummer vom 19. August gibt der „Labour Leader“ aus den fortgesetzten Veröffentlichungen weitere kurze Auszüge und bemerkt dazu: „Zweifellos hat die deutsche Regierung solche Urkunden ausgewählt, die ihren Zwecken am meisten dienlich sind. Aber so argwöhnlich man auch sein möge, diese Urkunden beweisen, daß vor dem Kriege die belgischen Gesandten nicht der Ansicht waren, daß Deutschland die ganze Schuld an der gefährlichen Lage Europas treffe.“

Ablehnung des Lohnabkommens.

London, 26. August. (W. Z. B.) „Daily News“ melden aus Cardiff, daß der geschäftsführende Ausschuss der Bergleute von Süd-Wales beschlossen habe, das vorgeschlagene Lohnabkommen in der morgigen Sitzung des Einigungsamtes nicht zu unterzeichnen, und daß er eine Abordnung gewählt habe, welche mit Lloyd George, Runciman und Henderson verhandeln solle. Der Ausschuss sei der Ansicht, daß eine von Runciman entworfenen Bestimmung in dem neuen Abkommen die Maschinisten, Heizer und Monteure der Nachtschichten von den anderen Arbeitern gewährten Vorteilen ausschließe, daher werde die Abordnung bei der Regierung auf Aufhebung dieser Bestimmung dringen. Im Kohlenrevier herrsche große Unzufriedenheit über die Verzögerung der Entscheidung; die Lage sei schwierig und von der morgigen Sitzung des Einigungsamtes und dem Erfolge der Abordnung bei dem Ministerium hänge viel ab.

„Daily News“ betrachten in einem anderen Leitartikel die Weigerung der Waliser Bergleute, Runcimans Schiedsspruch anzunehmen, mit erster Sorge. Eine Ablehnung schaffe eine ernste Lage und die Haltung der Bergleute sei unentschuldigbar, außer wenn man den Grund dafür aufstellen wolle, daß der Schiedsspruch nur bindend sein solle, wenn er günstig ausfalle.

Eine Stimme der Vernunft.

In der „Humanität“ leitet Gen. Gustave Rouanet die Besprechung einer Schrift von Romain Rolland mit folgenden Betrachtungen über den „französischen Geisteszustand“ ein:

„Wenn man die Bilanz dessen zieht, was in Frankreich seit dem Ausbruch des Krieges geredet und geschrieben wird, ist man bestürzt, niedergedrückt und bestürzt durch die Kundgebungen außerordentlich geistiger Verwirrung, der sich die Schriftsteller und Journalisten hingeben in ihren Antworten auf die Kundgebungen ähnlicher Art, die von der anderen Seite der Laufgräben kommen.“

Ich spreche nicht von der freiwilligen Unterwerfung so vieler Schriftsteller und der öffentlichen Meinung Frankreichs selbst unter die Lügen und die Bluffs jeder Art, durch die man die öffentliche Stimmung aufrechtzuerhalten und die Atmosphäre des Glaubens und des Opfers zu erzeugen sucht, die für die Fortführung des Kampfes notwendig ist. Aber neben diesen irrsinnigen Produkten, die die tiefe Verwirrung widerspiegeln, der unsere rasend gewordenen Intellektuellen zur Beute gefallen sind, gibt es die tägliche Wiederholung grober Lügen, die andauernde, oft lächerliche Entstellung der Tatsachen und der Ereignisse, der nebensächlichsten wie der wichtigsten, die zugestuft, verfälscht und unter einer ganz unwahrscheinlichen Form dargeboten wird und die jeder sich verpflichtet glaubt, noch auszusprechen. All das ist das tägliche Wechselgeld der Sensationsnachrichten, an die eine gewisse Presse und schon vor dem Kriege gewöhnt hatte. Es ist begreiflich, daß im Laufe der Entwicklung des grandiosen Dramas, das die Menschheit erlebt hat, diese Sensationsberichterstattung ihrer Einbildungskraft freien Lauf gelassen und zu den natürlichen Schreien der Weltkatastrophe ihre platten Erfindungen hinzugefügt haben.

Indessen, vor dem Kriege hatte Frankreich andere Quellen der geistigen Nahrung als diese Sorte chauvinistischen Geistesalltags, der durch gewisse Zeitungen ihrem gewöhnlichen Abnehmerkreis vorgelegt wird. Wir hatten andere Zeitungen, hatten Schriftsteller, Denker nicht geringen Ranges, um den Geist der Dessenlichkeit aufzuklären und zur Vernunft zu rufen, sie von der Vergiftung durch jene Presse zu heilen und die öffentliche Meinung unseres Vaterlandes in einem Zustande moralischer Gesundheit zu erhalten. Die Veröffentlichungen jener Literatur war auf enge Kreise beschränkt gewesen, und in der Gesamtheit hatte sich der französische Geisteszustand als robust und gesund, als generös und zugleich besonnen erwiesen.“

Da brach die Katastrophe vom 4. August aus und ein allgemeiner, ein totaler Umsturz griff Platz. Die geistige Erregung, die mit der Kriegserklärung einsetzte, war so stark, daß von einem zum anderen Tage die Art des Fühlens und Denkens umgewälzt, auf den Kopf gestellt wurde. Die Vorderseite der Münze war zur Rückseite geworden. Der Patriotismus verwandelte sich in Chauvinismus; der Kultus des Rechts nahm plötzlich die Form und die Gepflogenheiten des Kultus der Gewalt an. Und diese allgemeine Umwandlung der Geister vollzog sich, ohne daß die, die ihm unterlagen, es merkten. Denn ihre Sprache hatte sich absolut nicht geändert. Der Wortschatz, den man früher anwandte, blieb derselbe. Was sage ich? Dieser Wortschatz, der vor dem Kriege die eigentümliche Ausdrucksweise der Männer des freien Denkens, der menschlichen, friedlichen Gesinnung gewesen, wurde mit einem Male verallgemeinert. Sein Gebrauch erstreckte sich nunmehr auch auf die, die ihn früher zurückgewiesen, ja, die nicht genug Spott und Verachtung gegenüber den Ideen, denen jene Worte dienten, aufzuwenden gewohnt hatten. Man lese doch nur die Zeitungen nach, die Bücher, die Broschüren, die Publikationen jeder Art, die seit dem 1. August 1914 erschienen sind: Ueberall wird das Recht und die Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Fortschritt angeufen, verherrlicht, über die Mächte gepriesen. Das Recht der Völker, das Ideal der Rationalität haben ihre gläubenden Verehrer in gewaltiger Zahl angewachsen gesehen. Sogar Maurice

Wort, wenn er die Karte der neuen französischen Grenzen entwirft, hütet sich wohl, das „Wehe den Besiegten“, den Triumph der Kraft als Vermaßstab des neuen internationalen Rechts und der Annexionen, die er plant, zu proklamieren. Diefelben Worte drücken eben Ideen aus, die denen, welche sie gestern ausdrückten, diametral entgegengesetzt sind. Unter denselben Zeichen verbergen sich verschiedene Werte. Der Umwurf der Geister hat den Umwurf der Sprache im Gefolge gehabt.“

Eine kriegsfeindliche Demonstration italienischer Arbeiter.

Zürich, 22. August. (Fig. Bericht.)

Auf Veranlassung des nationalistischen Vereins Dante Alighieri sollte der Abgeordnete Agnelli in Zürich einen Vortrag halten über „die ökonomische und soziale Lage des zeitgenössischen Italiens“. Die anarchistischen und sozialistischen Arbeiter, denen sich Frauen anschlossen, veranstalteten im Saale, wo der Vortrag stattfinden sollte, eine kriegsfeindliche Demonstration. Revolutionäre Lieder wurden gesungen und gegen den Krieg wurde heftig demonstriert. Der aus Mailand absichtlich herübergekommene Abgeordnete konnte nicht zum Wort kommen; nach zwei Stunden verließ er den Saal, ohne den Vortrag gehalten zu haben.

Innere Kämpfe in Rußland.

Petersburg, 25. August. (W. Z. B.) Der „Petersburger Kurier“ spricht seine Verwunderung darüber aus, daß das neue Ministerium keinerlei Programmredn gebracht habe. Jetzt, nach der Rede des Ministers des Innern Tschernobajew, sei es klar, daß das Ministerium überhaupt kein Programm habe und nur die Politik des früheren Ministeriums fortsetze. Bezeichnend sei die Aeußerung Tschernobajews, die die Russen lutherischen Glaubens zu Verrätern stempelt.

Petersburg, 25. August. (W. Z. B.) (Ueber Kopenhagen.) Im Seniorenkongress der Reichsduma kam es zu stürmischen Austritten. Der Führer der Rechten Markow erklärte der liberalen Opposition aufgeregt: Wir werden Rußland nicht ausliefern, sondern bis zum Aeußersten kämpfen, und den Burgfrieden nicht einhalten, wenn Sie Reformen im Innern einführen wollen. — Die Budgetkommission hat die Ausgabe einer neuen Emission von Papiergeld in der Höhe von einer Milliarde Rubel beschlossen.

Wird Serbien nachgeben?

Nisch, 25. August. (W. Z. B.) Der englische Gesandte hat am 16. August den Ministerpräsidenten Paschitsch aufgesucht, um ihn zu veranlassen, den bulgarischen Forderungen nachzugeben. Paschitsch forderte Aufklärung über folgende Punkte: Ob die Vorschläge der Entente endgültig seien und nicht mehr geändert werden könnten, wo die serbische und die bulgarische Grenze sich berührten, und welche Kompensationen Serbien für die zu bringenden Opfer gewährt werden würden. Der englische Gesandte hat erklärt, daß die Note des Viererbandes unabänderlich sei; Serbien müsse die strittigen Gebiete sofort und ohne weitere Verhandlungen abtreten.

Sofia, 25. August. (W. Z. B.) Die bulgarische Presse bespricht mit wachsendem Unmut die Berichte aus Nisch über den Verlauf der Skupschtina-Verhandlungen und kommt zu dem Schlusse, daß in Nisch keine Reizung herrsche, Bulgariens berechtigten Forderungen zu erfüllen. Das Regierungsorgan erklärt an leitender Stelle, Bulgarien sei nicht geneigt, sich zu einem Spiel, wie man es in Nisch zu treiben scheint, herzugeben.

Das neue persische Ministerium.

Konstantinopel, 26. August. (W. Z. B.) Die hiesige persische Woihschaft wurde amtlich verständigt, daß die Bildung des neuen Kabinetts Memalik anvertraut wurde, der auch das Ministerium des Innern übernimmt. Die Mehrzahl der Minister, bis auf die für den Krieg und das Aeußere, sind bereits ernannt. Die Wahl der Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten, wird als ein Sieg der Demokraten über den englisch-russischen Einfluß betrachtet.

Politische Uebersicht.

Entrüstungsszenen im Reichstag.

In der Donnerstagsitzung des Reichstags brachte Genosse Stüdem in sehr vorsichtiger Form allerlei Mißstände bei der Behandlung und Verpflegung der Mannschaften zur Sprache. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien konnten die Berechtigung dieser Ausstellungen nicht bestreiten, lehnten aber ein Eingehen auf die sozialdemokratische Kritik ab und begnügten sich mit dem Wunsche, daß in Zukunft jeder Grund zu Klagen fortfallen möge. Der Reichssekretär Gelfferich bestritt, daß er die Bewilligung der freien Fahrt für Urlaube unnötig verzögert habe. Seine Verwahrung dagegen, daß die im „Vorwärts“ in dieser Richtung geäußerten Wünsche etwa Einfluß auf ihn gehabt hätten, blieb uns bei seiner Antwort, zumal in der Zeit des „Burgfriedens“, unverständlich.

Hätten die bürgerlichen Parteien schon die Kritik Stüdem nicht als angenehm empfunden, so verfehlte sie die Rede des Genossen Bauer bei der Erörterung von Resolutionen sozialpolitischer Art in unverständlicher Aufregung. Genosse Bauer hatte einmal die noch immer von vielen Behörden geübten Schikanen gegen Arbeiterorganisationen gerügt und dann an einer Fülle von Beispielen die Notlage vieler Kriegerfrauen dargestellt. Trotzdem — wie Genosse Stüdem in der Debatte ausdrücklich feststellte — in Wirklichkeit die Verhältnisse vom Genossen Bauer noch sehr zurückhaltend dargestellt worden waren, richteten die Vertreter aller bürgerlichen Parteien heftige persönliche Angriffe gegen Bauer. Generalmajor von Rangenmann verfiel dem Mißverständnis, sich persönlich für angegriffen zu halten. Ministerialdirektor Debold machte Bauers Kritik als eine Verallgemeinerung nur einzelner Ausnahmefälle, als ein Verbilligungsmittel zu können. Abg. Baasche (natl.) sprach sogar davon, Bauer habe „alles in den Schmutz gezogen“. Der Zentrumsredner Spahn warf Bauer vor, er habe den Witwen und Waisen das Herz schmer gemacht; als ob nicht die gerügten Verhältnisse diese Stimmung hervorriefen! Bauer betonte dann neben Genossen Wolkowich in einer zweiten Rede ausdrücklich die Notwendigkeit seiner Kritik und kündigte für später gleich schärfere Worte an, wenn nicht bis dahin die Verhältnisse gebessert worden seien. Mehrere Resolutionen zugunsten der Krieger fanden schließlich Annahme.

Wichtige Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 26. August. (W. Z. B.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Verordnung über die Bornahe einer Viehzwischenzählung am 1. Oktober 1915, der Entwurf einer Verordnung über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen, der Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen, der Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Süßfrüchten, die Vorlage, betreffend die Herabsetzung der Kontingente der Zündwarenfabriken für das Betriebsjahr 1915/16, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Angelegtenversicherung während des Krieges, und die Vorlage, betreffend Außerkräfttreten der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Speisefartoffeln vom 15. Februar 1915.

Die Regierung gegen die Reform des Reichsvereinsgesetzes.

Die Reichstagskommission für das Reichsvereinsgesetz hat gestern den schriftlichen Bericht festgestellt. Es wäre also möglich, über die Kommissionsanträge, die auf Streichung des sogenannten Sprachenparagrafen und des Verbots der Teilnahme der Jugendlichen an politischen Versammlungen sowie daraus hinführen, daß die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine erklärt werden, im Plenum noch in dieser Sitzung zu beraten. Wahrscheinlich wird es aber dazu nicht kommen, denn, wie die „Rössische Zeitung“ erfährt, hat die Regierung Bedenken geäußert, in die Aufhebung des Sprachenparagrafen im jetzigen Augenblick zu willigen. Sie will, da jetzt die polnischen Fragen durch die Eroberung von Rußisch-Polen überhaupt im Fluß sind, die weitere Entwicklung abwarten und die gesamten polnischen Probleme dann zusammenfassend einer Lösung entgegenführen. Außerdem hat die Regierung auch Bedenken gegen die allgemeine Zulassung von Jugendlichen, d. h. von jungen Leuten unter 18 Jahren, zu politischen Versammlungen. Es heißt auch, daß nachdem diese Stellungnahme die Regierung bekannt geworden ist, das Zentrum vorläufig eine Vertagung der Abänderung des Reichsvereinsgesetzes für richtig hält.

Kriegsziele und „Freie Vaterländische Vereinigung“.

In der „Täglichen Rundschau“ antwortet der Vorsitzende der „Freien Vaterländischen Vereinigung“, Professor Kahl, auf die Angriffe der „Westfälischen Politischen Nachrichten“ wegen seiner Haltung zur Kriegszielfrage. Er schreibt u. a.:

„Ich werde in einer immerhin recht befremdlichen Weise zur Rede gestellt, weil ich eine Eingabe an den Reichskanzler, die dem Verfasser nicht paßt, mitunterzeichnet habe. Ich weise diese Einmischung in meine Entschlüsse angedachtermaßen zurück. Die vom Verfasser mißbilligte Eingabe konnte ich unterzeichnen, weil auch sie nur einen Frieden geschlossen sehen will, der den strategischen Bedürfnissen, den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes und der un gehemmen Betätigung seiner Kraft und seines Unternehmungsgelstes in der Heimat und auf dem freien Meere gesicherte Grundlagen gibt. Alles übrige ist Nachfrage und hängt im einzelnen von den Voraussetzungen ab, die gegenwärtig noch nicht zu übersehen sind. Einer zum Teil wörtlich anklingenden allgemeinen Rede weicht sich dabei auch der Beschluß des Zentralverbandes der National-liberalen Partei vom 16. August d. J., so daß ich heute, in der irrigen Voraussetzung, ich sei an jenem Beschlusse beteiligt gewesen, um Aufklärung darüber gebeten wurde, ob er einen Gegensatz oder eine Zustimmung zu jener Eingabe bedeute. Wenn ich grundsätzliche Bedenken gegen die Angliederung politisch und geschichtlich bisher selbständiger Staaten allerdings teile — denn nur darum handelt es sich, nicht um Gebietsverweiterungen zur militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherung, die jeder will —, so liegen diesen Bedenken nächsterne, harte, völlerrechtliche, staatsrechtliche und nationale Erwägungen zugrunde, nicht aber sentimentale Schwäche und nicht eine Haltung, die im Ergebnis das deutsche Volk um seinen Siegespreis berauben würde.“

In Bismarcks Schule, und zwar nicht nur aus seinen Schriften, sondern im persönlichen Umgang habe ich die Wertung des deutschen Nationalstaates und auch den hohen Grundsatz gelernt, daß in Entscheidungen von weltgeschichtlicher Bedeutung nichts gefehlen solle, was die Möglichkeit einer politischen und kulturellen Wiedervereinigung der Völker endgültig ausschließt. Ich halte jede davon abweichende Meinung in vollen Ehren und würde mich fürchten, ein sittliches Werturteil über sie abzugeben, das zuletzt in dem Vorwurf des mangelnden Verständnisses für das Glück und die Sicherheit des Vaterlandes ausläuft. Ich verlange aber das gleiche für mich. Es ist ein dunkler Fiel im Lichte der großen Zeit, daß es Deutsche gibt, die nicht davor zurücktreten, den Mitbürger, der eine andere und vielleicht maßvollere Anschauung über die Friedensbedingungen vertritt, alsbald ungeschont und rücksichtslos als Flaumacher, Sentimentalen und Gott weiß was sonst noch an den Kranger zu stellen. Die Dankbarkeit darüber, daß wir durch den glücklichen Gang des Krieges überhaupt in die Lage gekommen sind, über Friedensbedingungen zu sprechen, die wir hoffen dem Feinde auferlegen zu können, wird ganz und gar vergessen, dagegen mit nichttraulichen Unterstellungen und persönlichen Angriffen der Bürgerstreit entzündet. Dagegen lege ich für mich und viele Tausende Verwahrung ein.“

Anonyme Anzeigen.

Berlin, 25. August. (W. Z. B.) Die anonymen Anzeigen und Mitteilungen, die täglich bei Reichs- und Staatsbehörden einlaufen und jetzt während des Krieges naturgemäß doppelt beliebt sind, haben einen derartigen Umfang angenommen, daß viele Behörden solche Anzeigen ohne Unterschrift dem Papierkorb übergeben.

Eine bemerkenswerte Bekanntmachung hat unter dem 4. Mai in dem Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens der Generalgouverneur in Belgien, Generaloberst Freiherr v. Bissing, erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Zahl der anonymen Anzeigen, die bei mir und den deutschen Behörden in Belgien einlaufen, mehrt sich ständig. Ich lehne es ab, solchen Anzeigen irgendwelche Beachtung zu schenken und habe die mir unterstellten Behörden mit dementsprechender Anweisung versehen.“

Eingaben aus der Bevölkerung, die unter richtiger Namensangabe vorgelegt werden, werden nach wie vor gerne wohlwollend geprüft und beschieden werden.“

Gründung eines städtischen Lebensmittelamtes.

Der Rat zu Dresden hat mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Lebensmittelmarktes beschlossen, ein dem Lebensmittel-

amtschef zu unterstellendes Lebensmittelamt zu begründen mit der Aufgabe, die Bewegung der Preise für die gebräuchlichsten Lebensmittel zu beobachten, mit den in Frage kommenden Kreisen der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels ständige Zühlung zu halten und im Einvernehmen mit dem Gewerbeamt Vorschläge über Festsetzung von Höchstpreisen sowie über sonstige Maßnahmen zur Vereinfachung der Mißstände auf dem Lebensmittelmarkt, insbesondere über städtische Verkaufseinrichtungen, aufzustellen. Zur Erledigung der Geschäfte wird ein kaufmännischer Leiter in Aussicht genommen.

Briefe in polnischer Sprache.

Nach einer Mitteilung der österreichischen Telegraphenverwaltung ist der Privattelegraphenverkehr nach und aus Galizien südlich und östlich des Pruth wieder zugelassen. — Von jetzt ab sind nach Oesterreich-Ungarn und dem neutralen Ausland offene Briefsendungen in polnischer Sprache zur Postbeförderung allgemein zugelassen. In der Behandlung der Sendungen wird hierdurch nichts geändert.

Kriegsbekanntmachungen.

Zur Deckung des Pferdebedarfs.

Die Heeresverwaltung ist dauernd bemüht, die durch Aushebungen der Pferde vorwiegend in Mitleidenhaft gezogene Landwirtschaft von weiteren Pferdeabgaben zu entlasten. Sie laßt ihren Pferdebedarf an, soweit es irgend durchführbar, und schreibt nur im Notfall zu Aushebungen. Da es aber trotz aller Bemühungen nicht immer gelingen wird, die Anforderungen der Feldtruppen durch Ankauf oder Ausgleich zu befriedigen, muß auch ferner mit der Möglichkeit weiterer Aushebungen gerechnet werden.

Den Landwirten kann deshalb nur empfohlen werden, in ihre Betriebe möglichst Ochsen und Kühe statt Pferde einzustellen.

Um der Landwirtschaft zu helfen, hat die Heeresverwaltung Sorge getroffen, daß die für den Truppendienst nicht mehr brauchbaren Dienst- und Weutterpferde den Landwirten gegen mäßige Preise überlassen werden. Die Verteilung dieser Pferde erfolgt durch das Landwirtschaftsministerium und die Landwirtschaftskammern.

Anträge sind deshalb an diese Stellen zu richten; Vorlagen an das Kriegsministerium verzögern nur die Erledigung.

Auch für Handels- und Industriebetriebe können in dringenden Fällen, wenn die Betriebe gemeinnützigen und öffentlichen Zwecken dienen, solche Pferde abgegeben werden. Entsprechende Anträge würden durch Vermittelung der amtlichen Handelsvertretungen ebenfalls an das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu richten sein.

Briefverkehr mit deutschen Zivilgefangenen in Rußland.

Berlin, 26. August. (W. Z. B.) Nach einer Entscheidung der russischen Regierung ist den deutschen Zivilgefangenen in Rußland der unmittelbare Briefverkehr mit der Heimat untersagt, weil sie sich nicht in Konzentrationslagern befinden, sondern nur gezwungen sind, in den ihnen angewiesenen Ortschaften zu leben, und daher ihr Postverkehr den allgemeinen Bestimmungen zu unterwerfen ist. In Deutschland können daher Postsendungen an diese Gefangenen nicht mehr nach Art der Kriegsgefangenen sendungen unmittelbar, sondern nur noch durch Mittelspersonen im neutralen Ausland verhandelt werden.

Zur Vermittelung dieses Verkehrs hat sich der Deutsche Hilfsverein in Stockholm erbötet, welcher dort seit dem Jahre 1876 besteht und während des Krieges den brieflichen Verkehr mit Deutschland nach und von den übrigen kriegsführenden Ländern zu vermitteln unternommen hat. Der Verein berechnet für seine Dienste nichts, bittet jedoch, jedem Briefe für Portoauslagen zwei internationale Postantwortscheine, die zum Preise von 25 Pf. bei den Postanstalten erhältlich sind, beizufügen.

Die Briefe können in deutscher Sprache, müssen jedoch mit lateinischen Buchstaben deutlich geschrieben werden und sind dem Verein in dem für den Empfänger bestimmten genau adressierten und offenen Umschlage einzulegen, ebenfalls in offenem Umschlage. Soweit erforderlich, wird die Adresse für die Weiterbeförderung nach Rußland übersetzt werden. Genaue und deutliche Adresse des Absenders und Empfängers ist dem Verein jedesmal anzugeben, da täglich viele Hunderte von Briefen einlaufen. Die Adresse des Absenders ist auch in dem weiterzugehenden Briefe anzugeben, da sonst der Verein Briefe, die als unbestimmbar zurückkommen, den Absendern nicht wieder zurücksenden kann. In den Briefen darf kein politisches Thema berührt werden. Es empfiehlt sich, auch nicht oder nur sehr wenig vom Kriege zu erwähnen. Jede Zeile wird von der Kriegszensur gelesen, und Briefe mit beanstandetem Inhalt erreichen die Adressaten niemals. In jedem Briefe ist der Deutsche Hilfsverein in Stockholm als Vermittler anzugeben, um dem Empfänger sofort klar zu machen, auf welchem Wege derselbe antworten kann. Die an den Verein gerichteten Begleitbriefe sind zwar genau, aber so kurz wie möglich abzufassen.

Der Verein läßt jedem Absender eine Benachrichtigung über die Weiterbeförderung eingesandter Briefe zugehen. Für den Fall, daß der Verein Telegramme besorgen soll, ist gleichzeitige Einreichung des ungefähren Betrages der Kosten (das Wort nach Rußland 30 Pfennig) erforderlich. Ein etwaiger Ueberschuß wird auf Wunsch dem Absender zurückgeschickt, sonst für die guten Zwecke des Vereins verwendet. Paketsendungen können durch den Verein nicht besorgt werden.

Letzte Nachrichten.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. August. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An den Fronten von Anasorta, Ari Burun und Seddul Bahr unterhielt der Feind abwechselnd heftiges und schwaches Artilleriefeuer und verwendete eine große Menge Munition. In der Nacht vom 24. zum 25. August unterhielt der Feind das Feuer bis zum Tagesanbruch. Am 25. August verfuhrte der Feind mit schwachen Kräften einen Angriff auf unseren linken Flügel. Die Angreifer wurden aufgerieben.

An den anderen Fronten keine Veränderung.

Die deutschen Missionare in Indien.

Berlin, 26. August. (W. Z. B.) Einer Meldung des Evangelischen Presbyteriums für Deutschland zufolge teilte Missionar Wagner von der Gohnerischen Mission in Indien seiner in Deutschland befindlichen Gattin in einem vom 25. Juli dieses Jahres datierten Briefe mit, daß sämtliche Angehörigen der Gohnerischen Mission in Chota-Nagpur in Bengalen (Indien), und zwar ausnahmslos — Männer, Frauen und Kinder — in Gefangenenlagern abgeführt worden sind. Die Zahl der dortigen Missionare beträgt allein etwa 50. Zurückgelassen wurden nur die alte und kranke Frau des Missionars Dahn und dessen zwei Töchter, sowie die Missionslehrerin Fräulein Efriede Wessel. Wo sich das Internierungslager befindet, ist nicht bekannt.

Explosion in einer französischen Munitionsfabrik.

Hgm. Paris, 26. August. Dienstag nachmittag erfolgte in den Munitionswerkstätten Pecq bei St. Germain eine große Explosion, wobei vier Personen getötet und mehrere verwundet wurden. Der Minister des Innern Malon und ein Vertreter des Kriegsministeriums begaben sich an die Unglücksstätte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Zellulose-, Kamm- und Haarstrumpfweberei haben gegenwärtig eine ungewöhnlich gute Konjunktur. Wie in der Branchenversammlung am Mittwoch berichtet wurde, sind von den männlichen Mitgliedern mehr als die Hälfte zum Militär eingezogen. Alle Fabriken haben soviel Beschäftigung, daß oft Überstunden gemacht werden. In einem Betriebe hat man statt der eingesetzten Männer weibliche Arbeitskräfte an die Schleifmaschinen gestellt. Das ist eine so schmutzige und schwere Arbeit, daß man glaubte, die Frauen würden dieselbe bald wieder aufgeben müssen; aber sie haben aus. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen an den schweren Schleifmaschinen ist keine durch den Mangel an männlichen Arbeitskräften bedingte Notwendigkeit. Der Fabrikant würde auch männliche Arbeiter bekommen, wenn er ihnen für die zwei oder drei Wochen, wo sie angeleert werden, einen Stundenlohn von 50 bis 55 Pf. zahlen und dann erst die Arbeit in Afford vergeben würde. Aber es soll gleich von Anfang an in Afford gearbeitet werden. Da hierbei in der Zeit des Anlernens natürlich nur ein geringer Verdienst erzielt wird, greift man zu weiblichen Arbeitskräften, die mit dem langen Verdienst zufrieden sind. Wenn auch an sich gegen die Beschäftigung von Frauen nichts einzuwenden ist, so wird doch befürchtet, daß sie unter diesen Umständen eine dauernde Herabdrückung der Schleiferlöhne zur Folge haben kann. Die gegenwärtige Konjunktur ist, wie gesagt, so günstig, wie sie seit 1906 nicht mehr gewesen ist. Man rechnet aber damit, daß mit der Zeit ein Arbeitsmangel eintritt. Die beabsichtigte Gewährung von Teuerungszulagen haben die Fabrikanten fast ohne Ausnahme abgelehnt unter Hinweis darauf, daß der Arbeitsverdienst ohnehin gestiegen sei. Die Teuerung wird nur durch äußerste Anspannung der Kräfte in Afford sowie durch Überstunden erzielt. Sie ist aber bei weitem nicht so bedeutend, daß die hohen Lebensmittelpreise dadurch aufgezwungen werden könnten. — Das Bestreben der Organisation, durch Verhandlungen mit den Fabrikanten einen einheitlichen Lohnsatz für Berlin zustande zu bringen, hat der Verband der Zelluloseindustriellen dahin beantragt, daß es vorzuziehen sei, zu einer Vereinbarung kommen zu lassen, doch jetzt sei die Zeit nicht dazu geeignet, die Angelegenheit müsse vorläufig zurückgestellt werden.

Deutsches Reich.

1647 neue Mitglieder.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband, der schwer unter den Folgen der Tabaksteuererhöhung von 1909 gelitten hat und der natürlich auch die Wetter des Krieges spürte wie alle Arbeiterorganisationen, kann jetzt wieder Fortschritte verzeichnen. Das zweite Quartal dieses Jahres (April, Mai, Juni) hat ihm einen Mitgliederzuwachs von 1647 gebracht. Etwa 25 Jahreshellen haben ihre Quartalsabrechnungen noch nicht eingeschickt, so daß sich die Zahl der neuen Mitglieder möglicherweise noch etwas vermehrt. Freilich sind nicht alle Jahreshellen an der Mitgliederzunahme beteiligt; an einigen Orten, in einigen Gegenden sieht es auch nicht sonderlich gut aus. Aber im allgemeinen geht es wieder recht gut vorwärts.

Das Beispiel des Tabakarbeiterverbandes zeigt, daß es auch in Industrien, die nicht zu den reinen Kriegsindustrien gehören, sehr wohl möglich ist, selbst in der Zeit organisatorische Erfolge zu erzielen.

Teuerungszulagen im Königsberger Tapezierergewerbe.

Nach Verhandlungen zwischen der Ortsverwaltung des Tapeziererverbandes und der Innung in Königsberg i. Pr. wurde eine allgemeine Teuerungszulage von wöchentlich 2 Mk. für ledige und 3 Mk. für verheiratete Gehilfen bewilligt.

Ausland.

Ein Erfolg organisierter Zigarettenarbeiterinnen.

Die vom Arbeitersekretär Genossen Nicolet organisierten Zigarettenarbeiterinnen in Genf haben mit einer dortigen Firma einen am 15. August in Kraft getretenen Tarifvertrag abgeschlossen, der für die ersten fünf Wochentage die neun- und für Sonnabende die achtfache Arbeitszeit festlegt und eine tägliche Lohnvermehrung von 72 Cts. bringt, was für die 80 Arbeiterinnen 4000 Stunden Arbeitszeitvermehrung und 16 000 Frank Lohnvermehrung jährlich ausmacht. Genosse Nicolet bemerkt in seinem darüber in der Arbeiterpresse veröffentlichten Bericht dazu: „Dieses erfreuliche Resultat gibt der Arbeiterin die Hoffnung, eines Tages aus ihrer elenden Lage herauszukommen. Man macht den organisierten Arbeiterinnen den Vorwurf, daß sie Sozialistinnen seien. Ja, sie sind es mit Feuer, denn sie fühlen, daß ihnen nur von dieser Seite die definitive Freiheit kommen wird.“

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 311 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie u. m.: Garde-Reg. Augusta; Garde-Reg. Schützen-Bat. Gren.-Biv. Inf.-Biv. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 18, 19, 22, 24 bis einschl. 28, 31, 32, 33 (f. auch Gren.-Reg. Nr. 1), 34, 35, 37, 38, 44, 45, 48, 49, 51, 52, 57, 61, 62, 68, 65, 66, 67, 70, 72, 78 (f. Inf.-Reg. Nr. 260), 82 (f. Inf.-Reg. Nr. 132), 88, 89, 92 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 260), 111, 118, 131, 132, 135, 137, 138, 140, 141, 145, 151, 152, 153, 154, 162, 165, 166, 170, 174, 175 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 262), 176, 213. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 6, 7, 10, 11, 18, 19, 23, 27, 32, 35, 38, 40, 61, 66, 67, 68, 80, 81, 91, 94, 111, 116, 130, 201, 203, 209, 210, 212, 213, 214, 215, 219, 220, 222, 223, 224, 252, 258, 260, 262. Ref.-Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 2 und 3. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 6, 7, 10, 11, 34, 49, 53, 61, 73, 76, 80, 93, 99 (f. Festungs-Maschinengew.-Btr. Nr. 4 Graudenz), 118, 119 und 9. Gumbach (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 93). Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 5. Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Altenburg (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 93). Brig.-Erf.-Bat. Nr. 49 (f. Inf.-Reg. Nr. 355). Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 10 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 5). Landsturm-Infanterie-Bataillone: II Bafel, IV Darmstadt, I Götting, Neustadt W., Pr., Landsturm-Infanterie-Erf.-Bataillone: Nr. 3 Hamburg, 1. und 2. Strahburg i. C., Wiesbaden, Jäger-Bataillone Nr. 3, 9, 14; Ref.-Bataillone Nr. 4.

5, 9, 11, 16, 21. Schwere-Fuß-Bat. Nr. 2. Feldmaschinen-Gew.-Buz Nr. 263 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118). Gebirgs-Maschinengew.-Btr. Nr. 203; Festungs-Maschinengew.-Btr. Nr. 4 (Graudenz). Kavallerie: Manen Nr. 10; Jäger zu Pferde Nr. 7 und 8; Landw.-Reg. Nr. 2; 1. Landw.-Erf.-Bat. des Gardekorps; Rejerve-Abteilung Nr. 76. Feldartillerie: 5. Garde-Reg.; Regiment Nr. 4, 11, 18, 21, 34, 36, 39, 40, 45, 46, 47, 61, 73, 76, 79, 82; Ref.-Regimenter Nr. 6 und 46. Fußartillerie: Regiment Nr. 1 und 6; Ref.-Regimenter Nr. 3 und 13; Bat. Nr. 50; Ref.-Bat. Nr. 27; 2. Ref.-Batterie Nr. 24; Schwere Feld-Gesch.-Batterie Nr. 248. Pioniere: Reg. Nr. 31; Bataillone: I und II. Nr. 27, I. Nr. 28; Erf.-Bat. Nr. 2; Komp. Nr. 241; Ref.-Kompagnien Nr. 44, 48, 63, 64; 2. Landw.-Komp. des 1., 2. des 4., 2. des 6., 2. des 8., 1. des 9., 1. des 10. und 2. des 18. Armeekorps; 2. Landst.-Komp. des 2. und 4. des 3. Armeekorps; Btr. der 4. Kav.-Div. Scheinwerferzug des 7. Armeekorps; Leichter Ref.-Feld-Scheinwerferzug Nr. 55. Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 215 und 242; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 45, 50 und solche des 8. Reservekorps. Verfehrtruppen: Militär-Eisenbahn-Direktion Nr. 1; Festungs-Eisenbahn-Baufomp. Nr. 9. Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe. Train: Train-Bat. Nr. 10; Train-Erf.-Abteilungen Nr. 8 und 10; Etappen-Train-Erf. Nr. 126. Magazin-Fuhrparkfahrlonne Nr. 7 (XI.) des 12. Reservekorps; Magazin-Fuhrpark Feintischwalde; Etappen-Fuhrparkfahrlonne Nr. 3 des 17. Armeekorps; Etappen-Wägereifalonne Nr. 1 G. Erf.-Feld-Depot des 7. und des 18. Armeekorps; Etappen-Felddepot der 11. Armee. Infanterie-Rückzugsfahrlonne Nr. 2 des 6. Armeekorps. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 16. Armeekorps Nr. 119 der 119. Inf.-Div.; Festungs-Sanitäts-Komp. Nr. 2 (Reg.). Armierungsbataillone. Probantamt der 5. Landwehr-Division.

Die bayerische Verlustliste Nr. 215 bringt Verluste des 1., 3., 5., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 19., 20., 23. und 24. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 7, 10, 11, 12; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 6 und 8; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 1, 2, 5, 7, 8, 10; Landst.-Inf.-Bataillone: Hof, Nürnberg III, Spener. (Schluß folgt.)

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 186 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 107 und 178; Landst.-Inf.-Reg. Nr. 19; Landst.-Inf.-Bat. Leipzig; Radfahrer-Komp. Nr. 65; Maschinengew.-Btr. Nr. 8; Feld-Maschinengew.-Buz Nr. 71 und 99; Ballon-Abwehr-Kanonenzug Nr. 96; Ballon-Abwehr-Kanonenzug des 19. Armeekorps; Armierungsbataillone: L. Nr. 21, 3. Nr. 23; 5. Nr. 26, 7. Nr. 106.

Die württembergische Verlustliste Nr. 249 enthält Verluste des Gren.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Füsilier-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Reg. Nr. 124; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Inf.-Regimenter Nr. 126, 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247; Maschinengew.-Buz Nr. 189; Feldart.-Reg. Nr. 49; 1. Feld-Pionier-Komp.; 1. Ref.-Pionier-Komp.; 2. Ref.-Pionier-Komp.; Verluste durch Kranfheiten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Arbeiter-Radfahrer-Bund
„Solidarität“ Mitgliedschaft Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges seien wiederum zwei unserer treuesten Bundesgenossen:
Robert Andritzki (6. Abteilung)
Max Hinrichsen (6. Abteilung)
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinsetzer
(Plasterer) u. Berufs. Deutsch.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treuer Kollege, das Ehrenmitglied
Karl Mielenz
im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 27. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Himmelspforten-Friedhof in Hiedersheim, hinter dem Himmelspforten-Strasse, statt.
Rege Beteiligung wünscht
Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 5. August 1915 auf dem Kriegsschauplatz unser lieber, guter Vater, Sohn, Neffe, Schwager, Schwiegersohn, Onkel und Cousin, der Grenadier
Fritz Ey
Ref.-Inf.-Reg. 93
wenige Tage vor seinem 31. Geburtstag.
In diesem Schmerz
Anna Ey geb. Wentzel
als Wittwe
Paul Ey als Vater.
Charlottenburg, 26. August 1915.
Gefährt, beweint und unversehrt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater und Schwiegervater, der
Paul Kresse
im 60. Lebensjahre, nach langem, schmerzhaftem Leiden sanft entschlafen ist. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an, die trauernde Wittwe
Hedwig Kresse geb. Weier
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
274b

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Kollege, der Reumpier
Hermann Winkler.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 2975b
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma
Cefel u. Glincke.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser treuer, sorgender Vater und Schwiegervater, mein lieber Sohn, Bruder und Schwager, der
Oskar Müller
im Alter von 55 Jahren nach schmerzhaftem Leiden am 25. August sanft entschlafen ist. Er folgte seinem Sohn Willi, der im Felde gefallen ist.
Dies zeigt schmerzhaft an im Namen der Hinterbliebenen
Die Witwe Anna Müller
geb. Jürgens
nebst Kindern u. Schwiegersohn
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Halle des Georgen-Friedhofes in Weihenow, Roedelstr., aus statt.
274b

Freie
Turner-
schaft
Neukölln-
Britz.
Witgl. d. K. T. V.
Musik-Korps.
Am 8. August verstarb im Privat-Interesse an seiner Verwundung unser langjähriger Kamerad und Mitbegründer unseres Musik-Korps
Willi Pawlatczyk.
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand

Möbel-Angebot.
Solche Möbelstücke liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten D. 4 an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kasseler. Größte Kulan.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Abteilung Frauen-Sterbekasse.
Am Mittwoch, den 25. August, verstarb im 43. Lebensjahr nach langem Leiden unser Mitglied
Emma Marker.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung, Bezirk 17.

Verkäufe.
Hermannplatz 6. „Wandbleibhand“. Ertragsreicher Bestenverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Ueberverkauf, Goldschmuck. Spotbillige Faletanzüge, Gehrockanzüge, Herrenroben.
Teppiche mit keinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Divandeken, sehr billig. Vorkaufsteile 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Gafelcher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. 24744
Teppich-Thomas. Oranienstr. 44. Spotbillig farblich haltbare Teppiche, Gardinen. Vorkaufsteile 5 Prozent Extrarabatt. 210
Vorkaufsteile Herrenanzüge aus feinstem Wagstoff 14-38 Mark. Paletots 12-38, Feinleinen 4-10, Buchbinderei. Deutsches Garberohrenhaus. Große Frankfurterstraße 116 I. 728

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter
Emma Marker
geb. Richter
sanft entschlafen ist.
Um stille Anteilnahme bitten
Oskar Marker und Kinder.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Leihhaus Merinplatz 58a:
Kaufen Sie spotbillig von Kavallieren wenig getragene sowie im Verkauf gemessene Sattel-, Rodanzüge, Iller-, Paletots, Serie I: 10-18, Serie II: 20-30 Mark, größtenteils aus Selbe. Gelegenheitsläufe in neuer Jagdgarde, enorm billig. Riefenpöhlen Reiter-, Rodanzüge, Wäschmängel, auf Selbe, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Große Vorkaufsteile in Stuhl-, Warber, Reiz, Röhren, früher bis 200, jetzt 20-75 Mark. Große Auswahl in Herren-Geldpöhlen, Gelegenheitsläufe in Damen-, Reiter-, Wagenpöhlen. Extra-Angebot in Lombard gemessener Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Decken, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Vorkaufsteile 58a I. 88

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Schweiz 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Durchführung bewährt.

Leihhaus Prinzenstraße 105
Kaufen Sie von Kavallieren wenig getragene Sattel-, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Selbe gearbeitet. Gelegenheitsläufe in neuer Jagdgarde, enorm billig. Riefenpöhlen Reiter-, Rodanzüge, Wäschmängel, auf Selbe, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Große Vorkaufsteile in Stuhl-, Warber, Reiz, Röhren, früher bis 200, jetzt 20-75 Mark. Große Auswahl in Herren-Geldpöhlen, Gelegenheitsläufe in Damen-, Reiter-, Wagenpöhlen. Extra-Angebot in Lombard gemessener Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Decken, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Vorkaufsteile 58a I. 88

Durch
Wohlthun reich werden
kann derjenige, der sich an der
Wohlfahrts-Geld-Lotterie
beteiligt.
Ziehung 6. 7. u. 8. Sept. 1915.
10167 Geldgewinne im Betrage von
400 000 M.
75 000 M.
Haupt- 40 000 M.
Gewinne 30 000 M.
20 000 M. usw.
Originallose zum amtlich festgesetzten Preise von 3.30 M. einschließlich Reichsstempel (für Porto und Liste 30 Pf. extra) empfiehlt und verleiht gegen Einzahlung des Betrages mittelst Anweisung auf Wunsch auch gegen Nachnahme
Ernst Streb
Hamburg 36, Stephansplatz.

Wichtige HeizungsMonteure
und Helfer stellen ein
Rietschel & Henneberg
G. m. b. H.
Brandenburgstraße 81.
218/4

Möbel.
Möbel aller Art auf Credit. Bekommt man und Abzahlung. Möbel-Lehner, Brunnenstraße 7. Zweites Geschäft Müllerstraße 174. Sonntag von 8-10 geöffnet. 812
Kriegshaber Wohnungsbau, nageleuer, hübsche Küche, aufkommen 225.—, Rosenbühlstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerkschaft) Händler verboten. 812
Möbel gegen sofortige Rasse sehr preiswert zu verkaufen, Brunnenstraße 7 und Müllerstraße 174. Sonntag von 8-10 geöffnet. 822
Möbelverkauf. Komplett möblierte Wohnungsbau, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequeme Abzahlung. Creditbüro, Lützenstraße 1, Adenstraße 7/778, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowstraße. 589

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kreis, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Emlentz, Liebfried, Charlottenburg, Stutigartenplatz 9, Gartenhaus III. 449
2 Klavierlehrer. Meine Jungen gefasener Parteimitglieder, 7 bis 10 Jahre alt, welche Lust haben, sich gründlicher Berufsausbildung zu unterziehen, nur solche, durch schriftliche Aufnahme schriftliche Dementionen übermitteln vollständig kostenlos Wilhelm Schneider, Berlin, Thorstraße 11, III. 22706

Musikinstrumente.
Harmonium 45.—, größeres, auch ohne Notenkenntnis mittels Spielapparat sofort vierstimmig spielbar 145.—, verkauft Ernst Oranienstraße 166 III. 2291b

Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Ostfriesenstraße 16.
Wäsche wird sauber und schonend gewaschen, im Feilen getrocknet. Abholung und Lieferung Mittwochs. Hermann Thamm, Köpenick, Grünauerstraße 41. 978

Kaufgesuche.
Kupfer! Reising! Aluminium! Nidel! Inn. Inn. Hel. Cuedelbe, Stanniolpapier, Blattmaschale, Rahngelbte, Goldblagen, Silberabfälle, höchstpreis! Metallmehlselbst, Brunnenstraße 25 und Neufölln, Dresdenerstraße 76. 564

Wohnungen.
Charlottenstraße 87 keine Wohnungen sofort billig. 2278b
Zimmer.
Vorderzimmer, 20, Pension 60, auch Schlafstelle, Säulowstraße 21, Karref. 69/15

Zahngelüste! Bruchgold! Silberstangen, Blattmaschale, Cuedelbe, Stanniolpapier, Kupfer, Reising, sämtliche Metalle höchstpreis! Schweizer Christonat, Adenstraße 20a (gegenüber Mantelstraße). 564

Stellenangebote.
Maler auf Küchenmöbel verlangt durch paritätischen Hand-Arbeitsnagel, Hermannstraße 13 (normittags 8-10). 251/14
Beleger für Goldbleiben gesucht fürfriesenstraße 7. 993

Platinaabfälle. Gr. bis 600, Zahngelüste bis 82.—, Kupfer bis 185, Reising bis 130, Blei, Inn. Stanniolpapier bis 3.50, Gelbstein bis 3.30, Aluminium, Cuedelbe bis 5.—, Gold, Silber, höchstpreis! Metallmehlselbst, Brunnenstraße 20 (Rothbühlstraße). 564

Fahrpersonal.
Kräftige, des Fahrens kundige Leute werden eingestellt. Meldungen mit Papieren im Kontor der Schultheiß Brauer A.-G., Lichterfelder Str. 11/17.
Mitfahrer verlangt
Speck, Altonaerstraße 2. 70/5

Kolonnenführer
mit 40-50 Markern nach außerhalb der sofort gefucht. Schriftl. Angebote der Kolonnenführer einzuliefern an d. Held u. Franke Aktiengesellschaft in Berlin. 70/5
Zimmergesellen,
tüchtige, werden sofort eingestellt durch unseren Wapptier G. I. a. g. w. auf unserem Platz in Wilmersdorf. Meldungen dortselbst. 70/7
Held u. Franke Aktiengesellschaft.

„Besseres Mehl und mehr Brot.“

Uns wird geschrieben: Die Reichsgetreidestelle hat beschlossen, die Mindestgrenze, bis zu der das Brotgetreide ausgemahlen werden muß, auf 75 Proz. herabzusetzen. Weiter wird die Mehlmenge, die täglich auf den Kopf der Zivilbevölkerung verbraucht werden darf, auf 225 Gramm erhöht. Auch die sog. Selbstversorger (Landwirte) haben jetzt Anspruch auf eine größere Ration. Diese Beschlüsse werden an vielen Stellen unter den Worten, die auch diesen Ausführungen vorgelegt sind, bekanntgegeben.

Die Ueberschrift führt aber ein wenig in die Irre. Zunächst widerspricht es schon all den schönen Kritiken und sonstigen Druckschriften, die von amtlicher und halbamtlicher Seite ausgingen sind, und die die Ernährungsfrage behandeln, wenn jetzt von „besserem“ Mehl geschrieben wird. Bisher ist mit großem Nachdruck hervorgehoben worden, daß durch das alte Verfahren, wie es vor dem Kriege und noch in der ersten Kriegszeit üblich war, die besten Nährstoffe dem Vieh überantwortet würden, das dabei denn auch vortrefflich gediehen sei. Der Krieg habe darin eine wohlthätige Aenderung gebracht. Das Gerede von der schweren Verdaulichkeit des Kriegsbrottes sei eben weiter nichts als bloßes Gerede.

Aber lassen wir diesen Widerspruch beiseite. Die Wissenschaft scheint sich darüber einig zu sein, daß der Nährstoffgehalt des Brotes durch die schärfere Ausmahlung nur verstärkt werden kann.

Der Masse des arbeitenden Volkes kam es und kommt es nicht darauf an, daß das tägliche Brot etwas heller ausfällt, sondern darauf, daß das Brot nahrhaft und die Menge, die jeder zu billigem Preise erwerben kann, möglichst groß ist.

Was wird nun durch die neue Anordnung erreicht, und was könnte erreicht werden, wenn man sich weniger von Nebenrückichten, als von der Hauptsache, der Rücksicht auf die arbeitenden Klassen leiten ließe. Die Herabsetzung der Mindestgrenze, bis zu der ausgemahlen werden muß, bedeutet eine Verminderung der Mehlmenge und damit eine Verminderung der Brotmenge, die überhaupt zur Verfügung steht, andererseits aber eine Vermehrung der Futtermittel, die auf indirektem Wege in Form von Milch, Fleisch usw. der Bevölkerung, die es zahlen kann, wieder zugute kommen. Wenn dies der Zweck der Uebung gewesen ist, also die Vermehrung der Futtermittel, so läßt sich zwar einiges anführen, das diese Vermehrung begründet erscheinen lassen könnte, es läßt sich aber mit noch größerem Recht sagen, daß es dann schon besser gewesen wäre, es hinsichtlich der Ausmahlung (worauf übrigens die Kommunalverbände freie Hand haben) beim alten zu lassen und dem Volke eine größere Brotmenge zu verschaffen. Unter den heute gegebenen Umständen bedeutet die Maßnahme nichts anderes als eine Liebesgabe an die Landwirtschaft, namentlich wenn man bedenkt, daß gerade bei den Produkten der Viehzucht die Preise ganz unverhältnißmäßig in die Höhe gegangen sind.

Es sieht ja so aus, als stände sich die Masse des Volkes bei der Ueberlegung sehr gut. Die Brotmenge wird ja heraufgehoben. Aber es handelt sich nur um eine sehr geringe Erhöhung, die den tatsächlichen Bedürfnissen bei weitem nicht genügt, und die auch nicht wesentlich in Betracht kommt gegenüber der Erhöhung, die bei fortgesetzter schärfer Ausmahlung des Getreides zugunsten der arbeitenden Massen erreicht werden könnte. Man muß sich darüber klar sein, daß für körperlich kräftig arbeitende Menschen die festgesetzte Brotmenge viel zu gering ist. Das braucht schließlich ja nicht mehr besonders betont zu werden.

Die Kommunalverbände mit Selbstwirtschaft werden vielleicht noch das eine oder andere tun können, die Brotversorgung zu verbessern. Aber durch die allgemeine Anordnung der Reichsgetreidestelle ist vorläufig doch die Möglichkeit zu einer wesentlichen Erhöhung der Protration ausgeschlossen worden.

(Wir möchten unsererseits noch ausdrücklich feststellen, daß die Heraushebung des täglichen Mehlverbrauchs von 200 auf 225 Gramm zunächst rein rechnerisch ist. Eine allgemeine Erhöhung der Brotkarten-Ration findet keineswegs statt. Die Erhöhung der Mehlmenge soll nur den Zulagen für die schwer arbeitende Bevölkerung zugute kommen. Uebrigens lauten nicht in allen Gemeinden die Brotkarten auf 200 Gramm pro Tag und Kopf; diese Zahl bezeichnet nur die zulässige Höchstmenge. In einzelnen Orten gelangt vielmehr eine geringere Mehl- bzw. Brotmenge zur Ausgabe.)

Der Fleischverbrauch im letzten Friedensjahr.

Ueber den Fleischverbrauch im Deutschen Reich im letzten Friedensjahr 1913 liegt jetzt die amtliche Aufstellung vor. Es geht daraus hervor, daß dieser Verbrauch gegen das Vorjahr wesentlich zurückgegangen war. Er fiel von 52,17 auf 50,65 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Der Gesamtverbrauch fiel von 3458 Millionen auf 3400 Millionen Kilogramm.

Fleischpreise in Deutschland und England.

Man schreibt uns: In Ihrem Leitartikel „Die allgemeine Steigerung aller Lebensmittelpreise“ heben Sie zu Recht den Unterschied zwischen der relativen Preissteigerung und der absoluten Preishöhe hervor. In der Tat sind auch in Großbritannien die Fleischpreise stark gestiegen, seit einiger Zeit aber beständig geworden oder gar gesunken, während sie in Deutschland enorm gestiegen sind.

Die „Times“ vom 19. August führt die in den Zentralmarkthallen von Smithfield am 18. August für englische, nicht gefrorenes Fleisch pro acht englische Pfund gezahlten Preise an. In der „Voss. Ztg.“ vom 23. d. M. sind die Berliner Kleinhandelspreise für die Woche vom 7.—14. August verzeichnet. Unter Vernachlässigung kleiner Fehlerquellen ergibt sich ein interessanter Vergleich — die englischen Preise sind in deutsches Gewicht und deutsche Währung umgerechnet.

Table with 3 columns: Meat type, England, Deutschland. Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch.

Da Fleisch in England sehr stark konsumiert wird, tritt die Bedeutung des sehr teuren Brotes zurück. Daher ist aber auch der beliebte Trost, daß die Teuerung in England größer als in Deutschland sei, ein frommer Selbstbetrug. Der englische Arbeiter lebt um vieles teurer als im Frieden, aber billiger und, da Surrogate fehlen, besser als der deutsche.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Einen Beitrag zur Frage der Spannung zwischen den Getreide- und Mehlpreisen hat in der Reichstags-Sitzung vom Dienstag der konservative Abgeordnete Weinsböhl durch Verlesung der Bilanz der Rathenower Dampfmühlensaktiengesellschaft in Rathenow a. d. Havel gegeben. Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 1 Million Mark. Das Geschäftsergebnis des Jahres 1914/15 stellt sich zu dem des Vorjahres wie folgt:

Table with 3 columns: Item, 1914/15, 1913/14. Rows include Gesamtgewinn, Abschreibungen, Reingewinn, etc.

Zufänglich hätte eine Dividende von mindestens 80 Proz. verteilt werden können. Von Interesse ist, daß die Gesellschaft in ihrem Geschäftsbericht ausdrücklich erklärt, daß sie vom Januar 1915 ab ausschließlich für die Kriegsgetreidegesellschaft und für Behörden gegen Wahllohn gearbeitet hat.

Preistreibereien.

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ berichtet, daß der Siegerländer Eisensteinverein für das vierte Quartal die Preise für Kohspat um 0,70 M. und für Kalkspat um 1 M. pro Tonne erhöht hat — weil Gefangene in größerer Anzahl eingestellt werden sollen, um die Produktion zu steigern. Die Preise stellen sich also in Zukunft wie folgt pro Tonne:

Table with 3 columns: Item, vor dem Kriege, jetzt ab 1. 10. 1915. Rows include Siegerländer Spat u. Braun-eisenstein, Siegerländer Kalkspat, Nassauer Kalkstein.

Auch die Siegerländer Grubenbesitzer verheben das Geschäft. Sie wissen genau, daß Erze heute geachtete Artikel sind und wegen der Konjunktur aus. Die Wirkung dieser Preiserhöhungen kommt natürlich in Form höherer Ueberschüsse zum Vorschein. So verteilte das Brauneisensteinerzwerk Luise im ersten Halbjahr 1914 eine Ausbeute von 50 M. pro Tonne und im ersten Halbjahr 1915 — 70 M. pro Tonne.

Die Hannoversche Einigkeit erzielte 1914 einen Reinerlös von 8,12 M. pro Tonne. Der Rheinisch-Kassauische Bergwerksverein erzielte 1914 einen Ueberschuß von 1756 646 M. gegen 1 672 502 M. im Jahre 1913.

Der Köln-Münster Bergwerksverein hatte im Jahre 1914/15 einen Ueberschuß von 588 128 M. gegen 283 644 M. im Vorjahre. Um Gründe für die Preiserhöhungen ist man trotzdem nicht verlegen.

Englands Maschinenindustrie im Krieg.

Der „Daily Telegraph“ vom 18. August veröffentlicht aus der Feder seines Mitarbeiters für Maschinenwesen: Bei Kriegsausbruch war in dieser Industrie ein leichter Niedergang bemerkbar, der sich im ersten Monat noch verschärfte. Dann stuteten aber die Aufträge herein und nun wurde an der Erweiterung der Industrie mit Hochdruck gearbeitet. Die wenigen, durch die Verstellung von Kriegsmaterial nicht berührten Zweige, wie der Bau von Lokomotiven und landwirtschaftlichen Maschinen, pochten sich schnell den neuen Bedürfnissen an. Den veränderten Ansprüchen zufolge mußten mehr Drehbänke hauptsächlich aus Amerika beschafft, und die bedienenden Arbeiter durch Entnahme von 12 000 Mann aus der Armee bereitgestellt werden. Außerdem kamen aus anderen Quellen noch 40 000 neue Arbeiter. Wenn auch diese ungeheuren Fabrikationsmittel vorläufig nur dem Kriege dienen dürfen, und der überflüssige Maschinenhandel geopfert werden mußte, so wird doch die britische Maschinenindustrie nach dem Kriege größer dastehen denn je. Diese ungeheuer wichtige Tatsache tritt aus dem abgelaufenen Kriegsjahr nun hervor.

Nach dem Kriege wird der Maschinenhandel noch in zwei Hälften sein, in England und Amerika. England wird wieder die Weltmacht der Welt werden, denn an dieses werden alle verwißelten Länder mit ihrem riesigen Bedarf an Maschinen und deren Teilen herantreten. Wenn England der Weltmacht nun genügen kann, so verdankt es dies allein seiner Teilnahme am Kriege. Wären seine Fabriken noch in demselben Zustande wie vor einem Jahr, wäre es nicht dazu im Stande gewesen. Englands Verlust würde Amerikas Gewinn geworden sein. Sicherlich hat ein so weitläufiger Raum wie der Munitionsmarkt, als er sich zum Bau von 26 riesigen nationalen Munitionsfabriken entschloß, schon an mehr gedacht, als an die Herstellung der zur Verschmetterung des Feindes nötigen Munition. Er sorgte damit schon für eine bisher nicht extrahierte Entwicklung des Handels nach dem Kriege.

Die britische Maschinenindustrie kann also zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Soziales.

Der Kapellmeister ist kein Arbeitgeber.

Wenn jemand zur Erfüllung gewisser Verpflichtungen, die er als Arbeitgeber zu leisten hat, herangezogen werden soll, dann kommt es nicht selten vor, daß er behauptet, nicht er sei der Arbeitgeber, sondern ein anderer, den man sonst zweifellos als einen Arbeitnehmer ansieht. Längst bekannt sind derartige Fälle aus der Konfektionsindustrie, wo der wirkliche Unternehmer, wenn es ihm vorteilhaft erscheint, den Kleinarbeiter als selbständigen Gewerbetreibenden oder den Zwischenmeister als den eigentlichen Unternehmer bezeichnet. Auch im Vaugewerbe kommt es vor, daß der Voller, der Kolonnenführer, von Unternehmern, die sich ihren Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber entziehen wollen, zu Arbeitgebern gestempelt werden. Eine neue Erscheinung dürfte es sein, daß in gleicher Weise der Musiker, der im Kaffeehause drei bis vier seiner Kollegen „dirigiert“, von dem wirklichen Unternehmer als Arbeitgeber bezeichnet wird. Mit einem Fall dieser Art hatte sich die Kammer 6 des Gewerbegerichts zu beschäftigen.

Gegen das Astoria-Café G. m. b. H. klagten vier Musiker auf Zahlung eines Monatsgebühls, weil sie ohne Kündigung entlassen worden seien. Unstreitig waren sie bis einschließlich Juli mit halbmonatiger Kündigung zum Monatschluß angestellt. Ende Juli will aber der Geschäftsführer des Cafés dem jetzt beim Militär stehenden „Kapellmeister“ B. gesagt haben: vom 1. August ab werde die Kapelle nur mit täglicher Kündigung beschäftigt.

Ein Zeuge bestätigte das. Der gleichfalls als Zeuge vernommene „Kapellmeister“ A. bestritt es. Der Geschäftsführer des Cafés machte außerdem den Einwand, daß nicht das Café, sondern der „Kapellmeister“, mit dem der Arbeitsvertrag durch Vermittlung eines Agenten abgeschlossen sei, als Arbeitgeber der Musiker angesehen werden müsse. Das sei, nachdem der ursprüngliche „Kapellmeister“ B. zum Militär eingerückt sei, der Pianist P., der von da ab die Stelle des „Kapellmeisters“ der aus vier Personen bestehenden Kapelle eingenommen habe. — Der neue „Kapellmeister“ P. ist übrigens einer der Kläger.

Das Gericht entschied, daß P. nicht als selbständiger Unternehmer gelten kann, sondern das Astoria-Café der Arbeitgeber der Musiker ist. Wenn der Geschäftsführer des Cafés schwört, er habe dem „Kapellmeister“ gesagt, vom 1. August ab werde auf tägliche Kündigung gespielt, dann werden die Kläger abgewiesen. Schwört er den Eid nicht, dann steht den Klägern ein Monatsgehalt zu.

Tornister mit Pappeneilage.

In einer gewerbegerichtlichen Klage behauptete der Kläger Zacharias, die Firma Fischer u. Richter, gegen die er klagt, habe ihm zur Weiterverarbeitung Tornister übergeben, in deren Rumpfe Pappe statt Leder eingeklebt und Guttapercha statt Transparenleder verwendet worden sei. Die Verwendung von solchem Material sei vorschriftswidrig und bedeute einen Betrug gegenüber der Militärbehörde. Er, der Kläger, würde sich durch Verarbeitung dieser Tornister am Betrugs mitschuldig gemacht haben. Er habe die Firma um Lieferung vorschriftsmäßigen Materials ersucht, aber keins erhalten und beanspruche nun den entgangenen Arbeitsverdienst für die nicht angefertigten Papptornister. Weiter gab der Kläger an, er habe wegen dieser Angelegenheit Anzeige beim Kriegsministerium erstattet.

Der Vertreter der beklagten Firma behauptete, die Verwendung von Pappe sei nicht vorschriftswidrig. Die fraglichen Tornister seien für eine andere Firma nach einem vorgelegten Probestück angefertigt, welches daselbe Material enthielt. — Das Gericht setzte einen neuen Termin an, in dem ein gerichtlicher Sachverständiger über das Tornistermaterial vernommen werden soll.

Tadellose Arbeit für 35 Pf.

Tadellose Arbeit für schlechten Lohn verlangt die Firma Hoffmann u. Rosenberg, Damenthuftabrik, Blumenstraße 31. Eine Putzmacherin hatte in Heimarbeit einen größeren Posten Hüte für die genannte Firma angefertigt. Die Arbeit, die mit 35 Pf. pro Hut bezahlt wurde, bestand darin, daß Strohhüte vollständig mit Samt zu überziehen waren. Ein Teil der von der Putzmacherin hergestellten Hüte war mangelhaft gearbeitet. Die Firma ließ sie nacharbeiten und zog der Putzmacherin 30 Pf. pro Stück ab. Die Putzmacherin klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung des vereinbarten Lohnes. Sie gab zu, daß ihre Arbeit gewisse Mängel gehabt habe, die aber in der Hauptsache auf das minderwertige Material, welches die Firma lieferte, zurückzuführen seien. Im übrigen könne nicht verlangt werden, daß für einen Arbeitslohn von 35 Pf. tadellose Arbeit geliefert werde. Von anderen Firmen habe die Klägerin für dieselbe Arbeit 60 Pf. bekommen.

Der Vertreter der beklagten Firma, Herr Rosenberg, wollte den Grundsatz: Für schlechten Lohn kann keine tadellose Arbeit geliefert werden, nicht gelten lassen. „Aus Prinzip“ lehnte er die Forderung der Klägerin ab und meinte, seine Konkurrenz zahle auch keine höheren Preise, er habe tadellose Arbeit zu verlangen. — Die von der Klägerin mangelhaft ausgeführten Hüte hat der Beklagte von seinen Werkstattarbeiterinnen nacharbeiten lassen. Diese Nacharbeit erforderte für jeden Hut eine Stunde Arbeitszeit, die den betreffenden Arbeiterinnen mit 35 Pf. pro Stunde bezahlt wurde. Die nachgearbeiteten Hüte wurden zum Teil dem Gericht vorgelegt. Sie waren, jedenfalls als Beweidmaterial für das Gericht, mit ganz besonderer Sorgfalt gearbeitet. Das war die Meinung eines sachverständigen Weisigers, der auch sagte, daß für einen Preis von 35 Pf. keine tadellose Arbeit geliefert werden könne. Da der Beklagte „aus Prinzip“ jeden Vergleich ablehnte, kam das Gericht zu folgendem Urteil: An den Arbeiten der Klägerin sind Mängel vorhanden. Im Prinzip war die Beklagte deshalb berechtigt, den Lohn für diese Arbeit zu mindern. Aber eine Minderung um 80 Pf. bei einem Lohn von 35 Pf. geht zu weit. Eine Lohnherabsetzung auf die Hälfte, also 17 Pf., hält das Gericht für angemessen. Diesen Betrag pro Stück hat die Beklagte zu zahlen.

Berichtszeitung.

„Männe“ als Gespenst.

Ein übler Scherz, durch den beinahe großes Unheil entstanden wäre, hatte gestern ein Nachspiel vor dem Strafgericht. Wegen versuchten und vollendeten schweren Diebstahls war der Arbeiter Hermann Meyerhöfer angeklagt.

Am Abend des 12. Juni d. J. wurden die Bewohner eines Hauses in Parkow durch gellende Hilferufe, die aus der Wohnung einer in dem Hause wohnhaften Frau S. kamen, in Aufregung versetzt. Die Ursache dieser Alarmrufe war folgende: Die Tochter der Frau S. war mit dem Dienstmädchen in der Küche beschäftigt, als sie plötzlich durch eine ungewöhnliche Erscheinung vor Schreck halb-erstarrt an der Stelle gebannt blieb. In dem offenen Küchenfenster der im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung erschien plötzlich ein schwarzes „Etwas“, welches mit einem mächtigen Satz sich an das Fensterbrett schlang und in demselben Augenblick vor den beiden zu Tode erschrockenen Mädchen stand. Die rätselhafte Erscheinung, die ein großes schwarzes Tuch über Kopf und Oberkörper geworfen hatte, leuchtete den Erschrockenen mit einer Blendlaterne ins Gesicht und zog gleichzeitig ein mächtiges Dolchmesser hervor, mit dem das „Gespenst“ wie wild herumfuchtelte. Der Anblick der Waffe löste endlich den beiden Frauen die Fänge. Das Dienstmädchen lief, gellende Hilferufe ausstößend, aus der Küche, während die Tochter der Frau S. in ihrer Angst aus dem Fenster springen wollte. Sie wurde von dem „Gespenst“ gepackt und in eine Ecke gedrückt. Inzwischen kamen Hausbewohner hinzu, die dem unheimlichen Wesen das schwarze Tuch vom Kopfe rissen. Das Gespenst entpuppte sich als der jetzige Angeklagte Meyerhöfer, der Kette der Frau S., der in der Familie „Männe“ genannt wurde. Da es sich herausstellte, daß M. auch bei seinem Stiefvater in Weiskene einen nächtlichen Einbruch unter ähnlichen Umständen verübt hatte, nahm die Staatsanwaltschaft an, daß er auch hier einen Einbruch geplant hatte und erhob deshalb Anklage wegen versuchten schweren Diebstahls. Vor Gericht befand die Cousine des Angeklagten, daß dieser schon öfter derartige dumme Streiche verübt habe; „Männe“ sei eben ein bißchen doof“, so erklärte die Zeugin. Das Gericht nahm deshalb nicht an, daß M. in diebischer Absicht in die Wohnung eingedrungen sei, hielt aber einen Hausfriedensbruch unter Mißführung einer Waffe für erwiesen. Wegen dieses Vergehens und des bei seinem Stiefvater verübten Einbruchs wurde M. zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate Gefängnis beantragt.

Reichstag.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 26. August 1915, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, v. Wandel, Helfferich.

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß die Festung Prest-Litowol gefallen ist. (Bravo!)

Die Genehmigung zur Einleitung einer Widerlage des General-Landchaftsdirektors v. Kapp gegen den Abg. Behrens (Wittich, Sg.) wird auf Antrag des Kommissionsberichterstatters Abg. Haase (Sg.) verlag.

Es folgt eine Resolution der Budgetkommission, die den Reichskanzler ersucht, den Verpflegungssatz für Mannschaften des Heeres und der Marine für die Kriegsdauer allgemein auf 1,20 M. pro Tag festzusetzen. Weitere Resolutionen betreffen die Gleichstellung der jüdischen Feldprediger mit den nichtangestellten kirchlichen Feldgeistlichen und eine Regelung der Verhältnisse für die im Heeresdienst vertragsmäßig angestellten Ärzte.

Abg. Stücken (Sg.):

Im Gegensatz zu den Parlamenten Frankreichs, Englands und Rußlands haben wir bisher militärische Fragen wenig erörtert. Wenn in jenen Ländern mehr oder minder heftige Angriffe gegen die Führung der Armee gerichtet wurden, so liegt im Deutschen Reichstage errenlicherweise kein Anlaß zu einer solchen Kritik vor. Das deutsche Volk erkennt ohne weiteres die hervorragende Strategie der deutschen Heerführer an, denen es gelungen ist, unterstützt durch das hingebende Verhalten ihrer Truppen, Deutschland vor einer feindlichen Invasion zu bewahren. Wenn wir in den durch die Verhältnisse gebotenen Grenzen an einzelnen Dingen Kritik üben, so liegt dazu eine unabwiesbare Notwendigkeit vor, und daran kann uns auch nicht die Befürchtung hindern, daß diese Kritik möglicherweise im Ausland verzerrt und entstellt wiedergegeben wird. Wir sind unseren Truppen und ihren Führern die größte Dankbarkeit schuldig. (Beifall.) Was beispielsweise die Truppen der Armee in den Winterfeldzügen in den Karpaten geleistet haben, dürfte unerreicht dastehen in der Kriegsgeschichte aller Zeiten. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Untersuchung der zum Heeresdienst eingezogenen Leute muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden, damit nicht Leute eingestellt werden, die nach kurzer Zeit schon wieder entlassen werden müssen. Wir haben in Deutschland in der Tat keinen Mangel an wehrfähigen Leuten, und es muß darauf hingewirkt werden, daß ältere Jahrgänge nach Möglichkeit geholt und die in so großer Zahl noch vorhandenen jüngeren Leute herangezogen werden. Wir verkennen nicht, daß das Ausbildungspersonal jetzt vor große Aufgaben gestellt wird. Aber es darf nie vergessen werden, daß es jetzt Leute unter sich hat, die eine Familie zurücklassen und deren Freude am Dienst einen hohen moralischen Wert darstellt, der nicht verklümmert werden darf. Wenn gegen solche Leute der Zoologie entnommene Ausdrücke angewendet werden oder Verhärzungen vorkommen, die ich als

unsaftgemäße Behandlung

bezeichnen will, so muß man solchen Erscheinungen mit aller Schärfe entgegenzutreten. (Sehr richtig!) Der Mann, der zur Verteidigung seines Vaterlandes herufen ist, muß das mit Lust und Liebe tun und nicht mit Verbitterung. Es soll nicht bestritten werden, daß das Kriegsmilitärwesen mit Energie den hier angeordneten Mißständen entgegengetreten hat. Es wäre vielleicht sehr gut, wenn derartige Erlasse nicht nur den Vorgesetzten, sondern auch den Mannschaften bekanntgegeben würden. Seit der Verkündung des Burgfriedens ist auch im Heeresdienst, manches anders geworden; in der bayerischen Armee existiert aber immer noch ein Unterlichtbuch, in dem es heißt, die Soldaten sollten Wirtschaftler meiden, in denen Staats- oder militärfeindliche Parteien ihre Zusammenkünfte abhalten oder Zeitungen, Bücher und Zeitschriften dieser Parteien ausliegen. So etwas sollte man doch jetzt nicht mehr alten Landsturmmännern bieten, die außerhalb der Armee vielleicht organisierte Sozialdemokraten waren. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Bei der Gelegenheit will ich auch auf die Frage der Gefangenenbehandlung kommen. Ich habe mich selbst überzeugt, daß alles geschieht, was irgend möglich ist, um den Gefangenen ihr Leid erträglich zu machen. Etwas anders verhält es sich mit den internierten Ausländern, unter denen Leute sich befinden, die in Deutschland erzogen sind, die nur die deutsche Sprache sprechen, die eine Deutsche zur Frau haben und die nur die rechtzeitige Naturalisation verweigert haben. Solche Leute aus den Internierungslagern zu entlassen, würde für das Deutsche Reich sicherlich keine Gefahr bedeuten. — Die Klagen aus den Lagern betreffen häufig die Verpflegung, und zweifellos sind im Anfang Fehler gemacht worden, namentlich der, daß man die Verpflegung an Unternehmern gegeben hat. Wenn der Unternehmer bei 60 Pf. pro Kopf verdienen will, so kann die Verpflegung nicht gut sein. Ganz besonders ist es zu verurteilen, daß die Stadt Gardelegen, die die Verpflegung der Gefangenen übernommen hat, die Steuern mit der Begründung herabsetzte, sie habe an dieser Verpflegung der Gefangenen entsprechend viel verdient. (Hört! hört! links.) Im ganzen aber muß man sagen, die Heeresverwaltung sollte das Protokoll über die Zustände in den Gefangenenlagern herausgeben, sie würde dabei nicht schlecht abschneiden. Ich unterbreite völlig, was einer der Verpflegungsbeamten in dem Protokoll gesagt hat: Hinaus mit den profitgierigen Privatunternehmern!

Auch aus dem Felde kommen Klagen, und zwar vor allem von den in dem monatelangen Stellungskriege festgehaltenen Soldaten. Es muß den Offizieren draußen dringend empfohlen werden, keine Anforderungen zu stellen, denen die Leute nicht gewachsen sind. Vor allem muß auf häufige Wäscheausgabe an den Schützengräben geachtet werden, die sich sicherlich leicht durchführen ließe. Dringend haben die verschiedenen Parteien eine gründliche

Reform des Beschwerderechts

verlangt. Wenn man diesen Standpunkt nicht teilt, so müßte es doch auf dem Verordnungsweg von den Angehörten befreit werden, mit denen es umgeben ist. Im Ausland hat man den deutschen Soldaten vielfach den Vorwurf der Barbarei gemacht, was mein Kollege Scheidemann bereits am 18. März zurückgewiesen hat. Aber vorgekommen ist sicherlich manches, was besser nicht passiert wäre, denn besser macht der Krieg die Menschen nicht.

Zur Sonnenhöhe der Kultur führt er auf keinen Fall. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Döpreußen ist jedenfalls ein stammendes Wahrzeichen der überaus barbarischen Kriegsführung. Die Aufrechterhaltung der Disziplin ist notwendig; um so mehr muß man darauf achten, daß man sich nicht in den Mitteln vergreift; die beste Disziplin ist die aus freiwilliger Unterordnung begründete. Schwere Fälle von Insubordination sollte man in der Heimat aburteilen lassen, wo man ruhiger und sorgfältiger urteilen kann, als im Felde, und man sollte dabei immer einen Militärarzt zuziehen. Dem Beschluß des Reichstages vom 29. Mai, den Truppen bei Urlaubserteilung

freie Fahrt

zu gewähren, ist der Reichskriegsamt nicht sehr schnell beigetreten. Wir wissen seine Sparbarkeit zu schätzen, aber wir wünschen sie nicht auf Kosten der Soldaten. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Ich habe ihm ja gestern gezeigt, wie durch eine Arbeit von wenigen Stunden an der Kriegsbeschäftigungsordnung viele Millionen erpariert werden können. (Sehr richtig!) bei den Sg.) Erst nach Wochen hat das Reichskriegsamt dem Beschluß des Reichstages

zugestimmt und jetzt hören wir, daß mit der Urlaubserteilung sparsamer vorgegangen wird. Das ist der Wunsch des Reichstages nicht gewesen. (Zustimmung.) Ausdrücklich feststellen will ich ferner, daß jedem Soldaten beim Urlaub die freie Fahrt zuleist, gleichgültig ob er im Inlande oder im Auslande steht. Es geht nicht an, einem Soldaten aus Wachen, der in Ostrowo steht, die Freiheit zu verweigern, weil er ja in der Heimat sei, wie es leider vorgekommen ist. Wie man übrigens den mit der Landwirtschaft in Verbindung stehenden Soldaten Urlaub gewährt hat, so müßte es auch bei jedem anderen möglich sein.

Ferner haben wir beantragt, allen Soldaten, die in Feindesland stehen, die Kriegslöhnung zu gewähren. Jetzt bekommen nur die mobilen Truppen 53 Pf., die immobilien 33 Pf., und das führt zu sonderbaren Ergebnissen. z. B. sind bei einem militärischen Institut die im Gebäude befindlichen Soldaten mobil, die draußen zur Bewachung des Gebäudes befindlichen immobil. Man ist doch bei den oberen Stellen nicht so knauserig, man sollte es also auch hier nicht sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit Freuden begrüßen wir, daß endlich unserer Anregung Rechnung getragen ist, wonach die verwundeten Soldaten nicht mehr 10 Pf., sondern die Löhnung der Immobilien von 33 Pf. erhalten. In manchen Kurorten hat man den verwundeten Soldaten befohlen, gewisse Orte zu meiden. Hier sollte die Militärverwaltung scharf eingreifen. Wenn das zahlungsfähige Publikum dort seiner Gesundheit leben kann, so verdanken wir es den verwundeten Soldaten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Auch in den Lazaretten soll man nicht so ängstlich sein; in einem Lazarett soll ein

besonderer Raum für die Verwundeten

abgefordert sein, weil ihr Anblick dem Publikum peinlich wäre. Etwas derartiges wäre ganz entschieden zu verurteilen. (Zustimmung.) Unbillig ist ferner, daß die Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege in Preußen nur 23 M. monatlich erhalten, in Süddeutschland dagegen 32. Einen fernerer Antrag unterstützen wir lebhaft, den verwundeten Soldaten Beihilfen zum Besuche zum Urlaub in die Heimat zu geben. Bekannt ist, daß die Protration der Soldaten nicht ausreicht. Als Entschädigung haben sie Verpflegungsgeld bekommen, das aber bei den teuren Preisen keineswegs genügt. Die mobilen Truppen bekommen einen Verpflegungssatz von 1,20 M., die immobilien nur einen von 60 Pf. Das führt zu großen Härten, da eine Truppe bald mobil, bald immobil ist. Die Budgetkommission hat dem Antrag zugestimmt, ganz allgemein 1,20 M. zu zahlen. Man sagt, das Kriegsministerium zahlt viele Zulagen, so daß nur sehr wenige nur noch den Verpflegungssatz von 60 Pf. haben. Um so eher kann dann der Antrag durchgeführt werden. (Zustimmung.)

Die Heeresleitung sollte es sich angelegen sein lassen, die Mannschaften und Offiziere vor der Ausbeutung durch patriotische Geschäftsleute und „Liebesgabenfabrikanten“ zu schützen. Gegen solche Projektoren wäre der sonst von uns belämpfte Militärhospiz durchaus gerechtfertigt. Ein Mißstand besteht darin, daß die im Felde zu Unteroffizieren beförderten Mannschaften häufig die einfache Mannschafslöhnung weiter erhalten, weil etatmäßige Stellen nicht frei sind. Vor allem sollen die Mannschaften so behandelt werden, wie sie es als Menschen verlangen können. Wir können ja leider jetzt nicht so frisch von der Leber wegreden wie sonst. (Abg. Kretz (L.): Es ist schon übergenug! — Weiterkeit.) Wir müssen aber den Männern im Waffenrock im Felde und in der Heimat zeigen, daß ihre Interessen auch während des Krieges mit allem Nachdruck vertreten werden. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Möge der Tag bald kommen, an dem der menschenmordende Krieg sein Ende findet. Ein Jubel ohnegleichen wird sich im Lande erheben, wenn er anbricht. (Beifall.) Millionen sind von dem Wunsche erfüllt, daß den Völkern bald ein Friede beschied werde, der es ihnen erlaubt, mit aller Kraft sich wieder den Werken der Kultur und der Menschlichkeitsideale zu widmen. (Lebhafter Beifall.)

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

Der Vordredner hat gesagt, daß das Reichskriegsamt bei der Gewährung der Freiheit für Urlauber Schwierigkeiten gemacht habe. Ich bin nicht in der Lage, über die Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts Auskunft zu geben, muß aber sagen, daß der Vorwurf des Abg. Stücken gegen das Reichskriegsamt nicht auf Kenntnis der Tatsachen, sondern lediglich auf Vermutungen sich stützt. Ich muß es ferner zurückweisen, wenn Herr Stücken die Bewilligung der Freiheit auf Artikel in der Presse, das soll heißen im „Vorwärts“, zurückführt. Der „Vorwärts“-Artikel erschien ein oder zwei Tage vor der in Frage kommenden Veröffentlichung des Kriegsministeriums. Im allgemeinen möchte ich sagen, ich habe als Staatssekretär des Reichskriegsamts für unsere Soldaten ein ebenso gutes Herz wie Herr Stücken, aber leider habe ich neben meinem guten Herzen auch noch die Verantwortung für die Finanzen des Reiches. Diese Verantwortung hindert mich mitunter, von meinem guten Herzen denselben weiten Gebrauch zu machen wie jeder andere Staatsbürger. Fingerzeige, wie weitere Ersparnisse gemacht werden können, nehmen wir jederzeit dankbar an, aber wir haben auch ohne solche Fingerzeige nach Möglichkeit auf Ersparnisse hingewirkt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.):

Der Vordredner ist in eine allgemeine Militärdébatte eingetreten. Angesichts der gesamten Lage und angesichts des herrlichen Erfolges dieses Tages beschränkt sich die fortschrittliche Volkspartei auf folgende Erklärung:

Wir stimmen allen Anträgen zu, die geeignet sind, die Verhältnisse der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen zu verbessern und zeitgemäße Reformen einzuführen. Wir haben auch untererleichte zahlreiche Wünsche und Wersuchen unserer Truppen in der Kommission vorgebracht und insbesondere verlangt, daß jeder Mann aus der Front die Möglichkeit bekommt, in einem Urlaub seine Angehörigen zu sehen. Wir sprechen die sichere Erwartung aus, daß unsere gerechten Forderungen alsbald erfüllt werden. Wir versprechen uns aber von einer Wiederholung der rein militärischen Kommissionsdebatten im Plenum keinen Nutzen. (Beifall bei der Volkspartei.) Dankbar und stolz auf unsere von der ganzen Welt bewunderte Armee, ihre Führung und ihre Mannesucht, haben wir heute nur den einen Wunsch, daß es ihr gelingen möge, baldigt einen Frieden zu erringen, der unsere Kinder und Kindeskinde vor furchtbaren Blutopfern bewahrt und die fortschrittliche Kulturarbeit des deutschen Volkes sichert und stützt. Mit der Armee wird das deutsche Volk durchhalten bis zu einem glücklichen Ende. (Beifall.)

Abg. Passermann (nail.):

Angesichts der gründlichen Verhandlungen im Haushaltsauschuss verzichten wir auf eine weitere Diskussion im Plenum, und werden den Beschlüssen der Kommission zustimmen. Vor den gewaltigen weltgeschichtlichen Erfolgen unserer Armee möge die Kritik heute schweigen. Dankbaren Herzens huldigen auch wir unseren tapferen Kriegern. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (S):

schließt sich diesen Erklärungen an, ebenso der Abg. Kretz (L).

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel:

Nach den Erklärungen der bürgerlichen Parteien habe ich nicht mehr nötig, das, was ich in der Kommission ausgeführt habe, hier zu wiederholen. Ich werde mich bemühen, den vorgebrachten Beschwerden, Anregungen und Fragen nachzugehen, damit beim nächsten Zusammenritt des Reichstages die noch vorhandenen Mängel abgestellt sind. Wir wollen unser Heer nach wie vor schlagfertig erhalten und schlagfertig machen für seine großen Aufgaben durch eine sorgfältige Aushebung und verständige Ausbildung, die geeignet

ist, den guten Geist in der Armee zu erhalten, der allein, unterstützt von einer thätigen Ausbildung und Führung, zum Siege verhelfen kann. (Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Die Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Es folgt die Besprechung einer Reihe weiterer

Anträge sozialpolitischer Natur.

Abg. Bauer (Sg.):

Der Krieg hat schreckliche Verwüstungen angerichtet. Eine ungeheure Zahl der geundesten und kräftigsten Männer ist ihm zum Opfer gefallen und Millionen sind in ihrer Gesundheit geschwächt. Eine kräftige und großzügige Sozialpolitik liegt darum nach dem Friedensschluß nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern der gesamten Nation. Den besten Schutz bieten den Arbeitern die gewerkschaftlichen Organisationen. Sie erzichten die Arbeiter zum Gemeinsinn, erringen ihnen eine bessere Lebenshaltung und schützen sie vor Verelendung. Die Beurteilung des Wertes der Gewerkschaften ist ja während des Krieges eine verständigere geworden. Auch vom Regierungssicht ist der hohe Wert dieser Organisationen anerkannt worden. Leider gibt es aber im Lande noch immer höhere und niedere Verwaltungen, die ihre alte Politik der Radikalität

gegen die Gewerkschaften fortsetzen. In Breslau hat man beispielsweise den Gewerkschaften verboten, neue Mitglieder zu werben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Verhindernd bis zur höchsten Regierungsstelle haben leider bisher keinen Erfolg gehabt. Es zeigt sich, daß die kommandierenden Generale heute allmächtige Götter sind, die sich auch um Wünsche der höchsten Regierungsstelle nicht kümmern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Breslau werden auch alle in mehreren Exemplaren ausgehenden Mitteilungen der Gewerkschaften unter Zensur gestellt, selbst solche rein geschäftlicher Natur, wie die Anfrage nach der Adresse eines Liebesgabenempfängers. Gewerkschaftliche Besprechungen werden nach Möglichkeit verhindert, und die Folge davon ist, daß mangels der Beratung durch die Gewerkschaftsführer milde Streiks ausbrechen. Ebenso eigenmächtig gehen die kommandierenden Generale in den Grenzbezirken vor, wo den gewerkschaftlichen Funktionären grundlos die durchaus notwendige Verdächtigung sehr schwer wird. Sogar einem Reichstagskollegen sind große Schwierigkeiten gemacht worden, der in Mülhausen nach den Rechten sehen wollte. Der Vorkott der Gewerkschaftshäuser ist zwar im allgemeinen aufgehoben worden, aber in einzelnen Fällen haben wir immer noch über Schilfen zu klagen. Mit dem Wert der Gewerkschaften ist es nicht vereinbar, daß auch in Staatsbetrieben die Bestimmung noch immer besteht, daß Leute, die einer Gewerkschaft angehören, nicht eingestellt werden sollen. Es wird im Kriege zwar nicht danach verfahren, aber die Bestimmung selbst müßte aus der Arbeitsordnung verschwinden. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Kommandierende Generale in Posen und dann der kommandierende General in Ostpreußen haben Verfügungen erlassen, die die

Freizügigkeit der Landarbeiter

und der Diensthöfen aufs härteste beschränken. Welches geschlechtliche Recht steht den kommandierenden Generalen hier zur Seite, um Tausende von Arbeitern und Diensthöfen geradezu der Willkür ihrer Dienstherren auszuliefern? Denn in den Verfügungen wird nicht die geringste Garantie für irgendwelche anständige Behandlung und ausreichende Entlohnung und Beschäftigung der Arbeiter und Diensthöfen übernommen. Wie sollen die Arbeiter ihr Leben freudig in die Schanze schlagen, wenn sie derartig ausnahmerelich behandelt werden? (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Hoffentlich erklärt die Reichsregierung klipp und klar, daß sie derartige Verfügungen nicht billigt. Mit dem Interesse der Landesverteidigung haben sie nichts zu tun, da der Landwirtschaft ausreichend Gefangene zur Verfügung stehen. Auch der Zweck, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln, wird nicht erreicht, vielmehr wird Ostpreußen, für das allein doch die Verfügung gilt, geradezu entvölkert. — Zu klagen ist auch über eine vielfach

ungeheuerliche Behandlung ausländischer Arbeiter.

Die leitenden Stellen im Reich und im preussischen Kriegsministerium wünschen eine anständige Behandlung der polnischen Arbeiter, aber vielfach haben die Unternehmer kein Verständnis für die gegenwärtige Zeit und sehen nicht ein, daß die Behandlung der ausländischen Arbeiter sie geradezu mit Haß gegen alles Deutsche erfüllt. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Besonders schlimm ist die Behandlung der polnischen Arbeiter in vielen Bergwerksbetrieben. Ein Fall ganz eklatanter Mißhandlung hat sich in Kaszib ereignet, wo der Bergwerksdirektor zugleich Amtsvorsteher ist und als solcher acht Arbeiter, die ordnungsmäßig gekündigt hatten, als sie um ihren Entlassungsschein vorstellten, in Haft nehmen ließ und bei Wasser und Brot einsperrte, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Mißhandlung, die keine tröstliche Art, die auch jeder Menschlichkeit hohn spricht. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung sollte energisch zutreten und Rechenschaft fordern. — Erfreulich ist, daß

das Verbot der Nachtarbeit in Bädereien

auch nach dem Kriege aufrechterhalten bleiben soll. Die Regierung sollte aber auch dafür sorgen, daß die Bestimmungen zum Schutz der Hausarbeiter endlich in Kraft gesetzt werden. Infolge des Krieges werden der Heimarbeit neue große Scharen zugeführt werden. Bei der enormen Steigerung der Preise aller Lebensmittel ist es ferner dringend geboten, die schlecht bezahlten Unterbeamten und Arbeiter aufzubessern; ganz besonders dringend ist dies bei den unteren Postbeamten, wo die zahlreichen Unterschlagungen im Zusammenhang mit der schlechten Entlohnung stehen. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Die Gewährung von Zeugnisszulagen ist aber auch in Privatbetrieben notwendig. Das Baugewerbe hat jetzt so gute Beschäftigung, daß gar nicht ausreichend Arbeiter beschafft werden können. Die Unternehmer berufen sich aber auf den Tarif, um jede Aufbesserung zu verweigern, obwohl doch der Tarif nur Mindestsätze festlegt. Die Reichs- und Staatsregierung sollte hier ihren Einfluß in die Waagschale werfen. (Sehr richtig!) Das preussische Kriegsministerium hat bei allen Verhandlungen mit den Arbeitern großes Verständnis gezeigt. Bei den Zivilbehörden zeigt sich große Scheu, mit den Unternehmern in Konflikt zu kommen. Noch schlimmer steht es bei den Verwaltungsbehörden; der Regierungspräsident von Oppeln z. B. hat eine Deputation der Gewerkschaften überhaupt nicht empfangen wollen. Er steht eben auf dem Standpunkt:

mit den Arbeitern verkehre ich nicht.

Da können die Arbeiter kein Vertrauen zur Unparteilichkeit der Behörden haben. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Die arbeitslos werdenden Textilarbeiter müssen ausreichend unterstützt werden, sie sind auch Opfer des Krieges. Ihre Unterstützung darf auch nicht auf die schon überlasteten Gemeinden abgewälzt werden. Eine halbe Million Frauen sind in der Textilindustrie beschäftigt. Diese verlieren bei der Arbeitslosigkeit auch die Mitgliedschaft in den Anstalten und werden bei Entlohnungen auch keine Wöchnerinnenunterstützung bekommen. Unbedingt muß die Regierung dafür sorgen, daß diese Frauen ausreichende Unterstützung erhalten. Bei Beendigung des Krieges werden wir vor schwierigen sozialen Problemen stehen, denn bei dem Rückstrom der Millionen von Kriegern wird das Wirke

schaffen, keineswegs halt in den Friedenszustand übergeben. Rechtzeitig muß vorgeföhrt werden, daß die Arbeiter, bis ihre Verhältnisse geordnet und sie sich Beschäftigung verschafft haben können, nicht in die äußerste Not geraten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Der Fonds für soziale Zwecke wird erstens wiederum 200 Millionen Mark bekommen. Dringend gewünscht wird von vielen Seiten eine Zentralisation der Kriegsinvaliden-Versicherung. In den Kommissionen in den baltischen Teilen des Reiches, die an Rußland grenzen, sind die Arbeitervertreter ausgeschlossen; dort herrschen eben noch russische Auffassungen. Es wird noch zu erwägen sein, ob die Gewerkschaften in diesen Bezirken nicht für ihre Mitglieder eine besondere Fürsorge einrichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Hinterbliebenenrenten der gefallenen Kriegsteilnehmer werden in einer Weise bemessen, die mit dem Gesetz nicht vereinbar ist. Es wird deduziert, daß jeder Anspruch auf die Friedensversorgung hat, und deswegen wird niemandem die höhere Kriegsverzinsung gewährt. (Hört! hört!) Diese Auslegung ist ganz verständlich und bei solcher Bestimmung zur Herabdrückung der Renten sehe ich der Revision des Militärinvalidengesetzes nur recht skeptisch entgegen. In der engergezielten Weise werden die Witwen und Waisen um ihre Ansprüche gebracht. Ein besonders trauriger Fall ist der eines bairischen Unteroffiziers eines Fußregiments, der abends auf Urlaub die Kameraden dieses Fußregiments besuchte und auf dem Rückweg an der Stelle, zu der er von dem Fußregiment abkommandiert worden war, tödlich verunglückte. Es wurde geföhrt, daß er nicht im Dienst verunglückt sei. (Lebhafter Hört! hört!) Wie kann man solche Unterschiebe machen bei Soldaten, die im feindlichen Auslande stehen. Der bairische Kriegsminister sagte mir, es sei alles in die Wege geleitet, damit die Witwe und die Waisen des Mannes etwas bekommen; aber sie wollen ihr Recht haben und nicht abhängig sein von dem mehr oder minder großen Wohlwollen irgendeines Beamten. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Welche Erbitterung und Aufregung muß solch unsoziales Verhalten bei allen Kriegerverwandten hervorrufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die unehelichen Kinder, die der Vater ausdrücklich anerkannt hat, können aus dem Hinterbliebenengesetz nicht unterstützt werden, es ist und hier aber versichert worden, daß das Gesetz später geändert werden soll, und daß sie bis dahin trotzdem eine Unterstützung erhalten sollen. Es ist auch eine entsprechende Verfügung des preussischen Kriegsministeriums ergangen, sie bleibt aber in den Akten der Oberkommandos und wird von den unteren Verwaltungsstellen nicht beachtet. Derartige Verfügungen müßten doch bekannt gemacht werden, damit die Vormünder der unehelichen Kinder wissen, was sie zu fordern berechtigt sind. Unsozial ist ferner, daß man den Frauen die empfangene Familienunterstützung, die sie nach dem Tode des Mannes noch erhalten haben, auf die Rente anrechnet; das ist durch keine gesetzliche Bestimmung geschützt. Die Unterhaltungen reichen vielfach kaum für die Ernährung aus. Viele Familien geraten in Schulden; wenn ihr Ernährer fällt, müssen sie also einige Mittel erhalten, um sich einigermaßen installieren zu können und um eine neue Existenz für Witwen und Waisen aufbauen zu können. Da darf eine Renten Kürzung ohne rechtlichen Grund nicht stattfinden. Während aber die Budgetkommission beantragt, daß die Familienunterstützung erst nach Ablauf von drei Monaten von der Gewährung der Hinterbliebenenrente an geführt werden dürfe, stellt Abg. Erzbürger den Antrag, daß die Familienunterstützung festgelegt werden soll. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen, schon deshalb, weil wir hier im Handumdrehen einen Beschluß fassen sollen, über den doch erst eingehend gesprochen werden müßte. — Es ist hier allgemein anerkannt worden, daß bei der jetzigen Steuer eine

Erhöhung der Familienunterstützung nötig

wäre. Nur ein kleiner Teil der Gemeinden gibt jetzt Zuschläge zu der Reichsunterstützung. Eine Umfrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die sich auf über 4000 Gemeinden erstreckte, ergab, daß 2000 Gemeinden, mehr als 50 Proz. der von der Umfrage erfaßten, keine Zuschläge gibt. In der Provinz Schlesien, mit Ausnahme von Breslau und Görlitz, beträgt die Unterstützung für jede Frau 14,34 M., für jedes Kind 7,17 M., wie die Gewerkschaften festgesetzt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da darf man doch wirklich die vereinzelten Fälle, wo Kriegsteilnehmerfamilien mehr Einkommen haben als im Frieden, nicht verallgemeinern! (Sehr wahr! links.) Zieht man noch die Ausgaben für Wohnungsmiete ab, so bleiben für jede Frau 10,52 M. und für jedes Kind in Schlesien 5,22 M.! (Der Redner legt unter Heranziehung eines reichen Zahlenmaterials dar, daß die Unterhaltungen dringender einer Erhöhung bedürfen.) Bei der langen Dauer des Krieges ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien nicht nur auf die Reichsunterstützung angewiesen seien. Zwei Frauen wurde eine Erhöhung der Unterstützung vom Reichsausschuß verweigert mit der Begründung, sie könnten von ihren 20 M. Unterstützung sorglos leben! (Hört! hört!) In manchen Kreisen wird den Kriegerverwandten die Wöchnerinnenunterstützung von der Reichsunterstützung abgezogen, obwohl dies dem Gesetz widerspricht. In manchen Bezirken werden auch sonst die

Kriegerverwandten als Leute minderen Rechts

behandelt. In Spremberg arbeiten Kriegerverwandten in der Landwirtschaft von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends für 20 Pf. und freie Verköstigung. Als ihnen plötzlich die Verköstigung entzogen wurde, wollten sie nicht weiter arbeiten. Da erklärte der Landrat, den Frauen würde die Familienunterstützung entzogen werden, wenn sie nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In ähnlicher Weise ist auch im Kreis Königsberg i. d. Neumark gegen Kriegerverwandten vorgegangen worden. Den Landarbeiterfamilien wird oft die Unterstützung verweigert, weil angeblich keine Bedürftigkeit vorliegt. Tatsächlich sind aber für diese Frauen die Lebensverhältnisse fast ebenso teuer wie in der Großstadt. Der Reichsverband deutscher Städte hat in einer Eingabe die Regierung dringend gebeten, angesichts der großen Notlage der Kriegerverwandten die Reichsunterstützung zu erhöhen. Hier wird also von den Stadtverwaltungen selbst die Notlage der Kriegerverwandten anerkannt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge dieser Not ist die Unterernährung der Frauen und Kinder. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch moralische und sittliche Notstände müssen schließlich daraus erwachsen. Mit den schönen Worten des Staatssekretärs ist den Kriegerverwandten nicht geholfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es muß mit Energie gegen die unsozialen Landräte vorgegangen werden. Ich bitte die Reichsregierung, zum 1. Oktober den Kriegerverwandten eine einmalige außerordentliche Unterstützung zu gewähren. Außerdem ist eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze notwendig. Es geht nicht so weiter, daß die Frauen der im Felde kämpfenden Arbeiter darben müssen. Auch ihnen muß der Dank des Vaterlandes zuteil werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. Seiwald:

Ich könnte auf diese Rede vielleicht mit großer Schärfe antworten (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien), will das aber in dieser Minute und in der Stimmung, mit der die Sitzung eröffnet wurde, nicht tun. Ich muß aber darauf hinweisen, daß die Unterhaltungen von Monat zu Monat gewachsen sind. Es sind bisher dafür rund 800 Millionen Mark ausgegeben worden. Außerdem sind die Lieferungsverträge im Bedürfnisfall zur Leistung von Zuschüssen verpflichtet. Angesichts dieser Summen darf man es doch nicht so hinstellen, als würde für die Kriegerverwandten unzureichend gesorgt. Es ist natürlich leicht, Einzelfälle herauszufinden, in denen Helfer borgekommen sind, aber in Wirklichkeit sieht es im Lande doch nicht so aus, wie es der Abg. Paasche geschildert hat. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Jeder, der die wirklichen Verhältnisse kennt, muß zugeben, daß in der eben gehaltenen Rede Annahmen in geschickter Weise zusammengestellt worden sind, um ein Bild zu liefern. (Sehr richtig!

Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es ist natürlich zu erwägen, ob eine Erhöhung der Winterzüge nicht angezeigt erscheint. Wir denken an eine Erhöhung der Winterzüge um etwa 20 oder 25 Pf. Jedenfalls wird alles getan, um die Familien unserer Krieger vor Not und Elend zu schützen. (Beifall.)

Generalmajor v. Langemann:

Die Ausführungen des Abg. Bauer sind geeignet, die großen Beunruhigungen hervorzuheben (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist schon da!) und im Auslande den Anschein zu erwecken, daß die Militärverwaltung für die Hinterbliebenen nicht genügend sorgt. Ein derartiger Vorwurf, der speziell mich als den Leiter der Hinterbliebenenfürsorge trifft, ist mir während meiner sechsunddreißigjährigen Dienstzeit noch nicht gemacht worden und ich muß ihn mit aller Schärfe zurückweisen. (Sehr richtig!) Eine Beunruhigung wird durch solche Reden aber nicht nur im Lande hervorgerufen, sondern auch bei unseren Kriegern draußen geweckt und das darf nicht sein. Ich habe mit meiner Brigade draußen gekämpft und weiß, wie die Stimmung meiner Leute durch den Gedanken erhöht wurde, daß ihre Familien geborgen sind. Darum rufe ich von hier aus meinen Freunden, meinen treuen heldenhafte Kameraden im Schützengraben draußen zu: Für eure Familien wurde und ist gesorgt und wird weiter gesorgt werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Paasche (natl.):

Wir möchten unter dem feierlichen Eindruck des Beginns dieser Sitzung jeden Miston vermeiden, müssen aber doch sagen, daß der Abg. Bauer den Frauen und Kindern der Krieger keinen Dienst erweist, wenn er in dieser Weise alles in den Schmutz zieht. Es ist Not vorhanden, aber das ist doch nur die Ausnahme. (Lebhafter Beifall. Starker Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Frauen und Kinder unserer Krieger sind nicht auf Brot und Wasser angewiesen. (Lebhafter Zustimmung. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir sollten der Militär- und Zivilverwaltung und auch den Gemeinden und Arbeitgebern danken für die großen Mittel und Kräfte, die sie zur Unterstützung der Kriegerverwandten aufgebracht haben. Den Fällen, die der Abg. Bauer anführte, könnte man eine Fülle von Gegenbeispielen entgegenhalten. Für wirklich bestehende Not gibt es allenthalben helfende Hände. (Sehr wahr!) Redner tritt für die Anstellung von Kriegsinvaliden auf Rentengütern ein. Jedem, der für das Vaterland gekämpft hat, sollte man eine eigene Scholle geben, dann hätte man ein großes soziales Werk getan. Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Raffewitz (l.):

Kritik ist notwendig, sie darf sich aber nicht so weit von den Tatsachen entfernen, wie die Rede des Abg. Bauer. Wie auf die Leistungen unseres Heeres können wir stolz sein auch auf unsere Kriegsfürsorge. (Lebhafter Zustimmung rechts und im Zentrum.) Herr Bauer mag seine vaterlandsschädigenden Ausführungen mit seinem Gewissen abmachen. (Na, na! bei den Sozialdemokraten.) — Eine Beseitigung der Nacharbeit der Väter auch im Frieden wünschen auch wir; aber ehe wir einen dahingehenden Beschluß fassen, müssen wir doch die Denkschrift der Regierung abwarten. Auch muß den Handwerkerkammern Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern. — Der Antrag und dem Antrag des Abg. Paasche, für die Kriegsinvaliden Ansiedelungen auf dem Lande zu schaffen, stimmen meine Freunde gern zu. (Beifall rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.):

nimmt die Kriegsfürsorge gegen die Angriffe des Abg. Bauer in Schutz.

Abg. Dr. Spahn (3.):

Nach den Verhandlungen in der Kommission ist es sehr zu bedauern, daß hier Ausführungen gemacht werden konnten, die den Witwen und Waisen das Herz schwer machen und das Ansehen des Vaterlandes herabsetzen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Abg. Bauer hat sich bei seinen Ausführungen sehr vorzüglich ausgedrückt. (Stürmischer Widerspruch.) Wenn wir die Zensur beseitigt hätten, wenn wir Pressefreiheit hätten, und wenn Sie (nach rechts) Gelegenheiten hätten, die Familien draußen selbst zu hören, so würden auch Sie ein anderes Urteil haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Ich habe das Wort ergriffen, um Sie dringend zu warnen, jetzt nicht ein Gesetz zu beschließen, welches die Witwen und Waisen der Kriegsteilnehmer schlechter stellt, als sie nach dem gegenwärtigen Gesetz stehen. Sie wollen das nicht, es ist aber die notwendige Folge, wenn Sie den Antrag der Kommission und den Antrag Erzbürger annehmen. Sie dürfen nach dem Gesetz nicht schlechter gestellt werden, als wenn der Ernährer bis zum Kriegsende am Leben geblieben wäre. Die Unterstützung muß weiter gezahlt werden, bis die Rente festgesetzt ist, und später darf sie nicht auf die Rente angerechnet werden. Diese Doppelbezahlung bei den bedürftigen Kriegerverwandten und -waisen hat der Gesetzgeber ausdrücklich gewollt. Wer den Witwen und Waisen das nimmt, was ihnen nach Gesetz, gesundem Menschenverstand und sozialem Empfinden zusteht, der veründigt sich an unseren sozialen Verpflichtungen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Dr. Helfferich:

Neues haben die Kommissionsmitglieder aus der Rede des Abg. Stadthagen nicht gehört, er hat nur mit dem lebhaftesten Temperament gesprochen, die einem Ort, der öffentlich ist, wohl anstößt. (Heiterkeit.) Eine Doppelzahlung von Familien- und Hinterbliebenenunterstützung kommt nur in den Ausnahmefällen vor, wo der Tod eines Gefallenen nicht vor drei Monaten festgelegt worden ist. Ich wende mich nicht gegen den Kommissionsantrag, aber die Forderungen des Abg. Stadthagen sind unannehmbar. Es kommt mir vor, als wenn das Wort, das hier in Aussicht gestellt ist, in Steine verwandelt werden soll. Wenn die Steine an den Kopf geworfen werden sollen, ist mir allerdings unklar. (Beifall.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.):

wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Bauer. Im Deutschen Reich wird sehr viel mehr für die Hinterbliebenen und für die Familien der Krieger getan als im Ausland.

Abg. Vogt-Grailshausen (Wirtsch. Bgg.):

schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Bauer (Soz.):

Meine Ausführungen haben zu irgendwelcher Entrüstung keine Veranlassung gegeben. (Widerspruch.) Wenn im Auslande ungenügende Anshauungen Platz greifen sollten, so lediglich zufolge Ihrer unangebrachten Entrüstung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe keineswegs verallgemeinert, sondern statistisch nachgewiesen, wie viele Gemeinden der Zuschußpflicht nicht Genüge leisten. Dankbar habe ich anerkannt, daß eine große Anzahl von Unternehmern an die Familien ihrer eingezogenen Arbeiter Unterstützung zahlen. Aber in einer Rede, die zeigen soll, wo Schäden vorhanden sind, (Zuruf rechts: Ach so!) Dieser Zuruf beweist ja, daß Sie darüber entrüstet sind, daß überhaupt die Schäden zur Sprache gebracht worden sind. Nicht ich habe verallgemeinert, sondern Sie tun es, indem Sie sagen, ich hätte erklärt, alle Kriegerverwandten müßten hungern. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe bestimmte Beispiele angeführt und gezeigt, wie gerade in den ländlichen Gemeinden und in den kleinen Städten unsoziale Anschauungen herrschen. (Lebhafter Widerspruch rechts und in der Mitte. — Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte doch wohl auf meine rein tatsächlichen Angaben irgendein Wort der Verurteilung auch von Ihrer Seite erwartet. Nicht das schädigt die Würde und das An-

sehen des Landes, wenn man den Finger in die Wunden legt, sondern schädlich ist, daß Sie gegenüber diesen tatsächlichen Angaben kein Wort des Bedauerns und der Verurteilung haben. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das selbe Gefühl für die Ehre des Volkes wie Sie, nur darüber gehen die Meinungen auseinander, was der Wohlfahrt des Landes dient. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der General Langemann warf mir vor, ich hätte Beunruhigung im Lande hervorgerufen. Doch ich eine Tatsache unrichtig angegeben hätte, hat der Herr General nicht behauptet. Seine Entrüstung ist um so weniger angebracht, als der Fall, den ich angeführt habe, gar nicht in sein Ressort gehört, sondern dem bayerischen Kriegsministerium untersteht. Den Herrn General Langemann kenne ich als einen Mann von starkem sozialen Empfinden, der unsern Vätern stets ein genaues Ohr entgegengebracht. Dem Abg. Dr. Paasche kann ich nicht in der gleichen Tonart antworten, die er angewandt hat. Meine Arbeiterbildung verbietet mir das. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es kann aber gar keine Rede davon sein, daß ich alles in den Schmutz gezogen habe. Wird im Auslande ein anderer Eindruck hervorgerufen, dann sind Sie schuld daran, nicht meine Ausführungen, denn ich habe lediglich ausgeführt, was ich mit Hunderten von Beweisen erhärten kann. Habe ich den Erfolg, daß Sie und da wenigstens eine kleine Besserung eintritt, dann werde ich vollkommen belohnt sein. Tritt dieser Erfolg nicht ein, dann werde ich es mir nicht nehmen lassen, bei nächster Gelegenheit mit derselben Schärfe vorzugehen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Kaempf:

Aus den letzten Ausführungen habe ich entnommen, daß Abg. Dr. Paasche die Wendung „in den Schmutz gezogen“ gebraucht hat. Ich habe diesen Ausdruck nicht gehört. Würde ich ihn gehört haben, dann würde ich ihn gerügt haben. (Heiterkeit.)

Die Kommissionsanträge auf Teuerungszulage an Beamte und Arbeiter mit Jahresbezug auf 2000 M., Gewährung angemessener Löhne an die Staatsarbeiter und Erhöhung der Unterstützungen für Kriegerverwandten werden angenommen, ebenso der Antrag auf Beibehaltung des Nachschußverbots über die Kriegsdauer hinaus, und Vorlegung einer Denkschrift hierüber.

Angenommen werden weiter die Anträge auf Gewährung von Mitteln für Wadefuren verwundeter Krieger und Ansiedlung von Feldzugteilnehmern in Eigenheimen.

Einmütig angenommen wird der Kommissionsantrag über die dreimonatige Nebeneinanderzahlung von Familienunterstützung und Hinterbliebenenrente. Ebenso wird einstimmig angenommen ein von allen Parteien gestellter Antrag auf Einsetzung einer besonderen Kommission zur Beratung aller das Wohnungswesen betreffenden Anträge und Petitionen.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag, 11 Uhr. (Verständigungsnovelle, Belagerungszustand und Zensur.)

Schluß: 8 Uhr.

Aus der Haushaltskommission.

Berlin, den 26. August 1915. (Amtlicher Bericht.)

In der Haushaltskommission kamen heute zunächst Arbeiterfragen zur Sprache: Wahrung des Burgfriedens in den Militärbetrieben, Vermittlungsinstanzen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, Befugnisse der Arbeiterausschüsse, Organisationsrecht, Frauenarbeit, Konkurrenz der Gefangenen, Lohnverhältnisse usw. Der stellvertretende Kriegsminister erklärte, daß bei der großen in Betracht kommenden Zahl von Arbeitern auch Unstimmigkeiten unvermeidlich seien. Durchweg herrsche aber ein ausgesprochen gutes Verhältnis zwischen Heeresverwaltung und ihren Organen einerseits und der Arbeiterschaft andererseits. Der deutschen Arbeiterschaft könne er das Zeugnis ausstellen, daß sie sich in jeder Hinsicht der ihr gestellten Aufgabe gewachsen gezeigt und gern und freudig das geleistet habe, was das Wohl des Vaterlandes erfordere. Auf die von einer Seite gestellte Frage über Vergeltungsmahregeln gegen über russischen Grausamkeiten an deutschen Soldaten, erwiderte der stellvertretende Kriegsminister, daß zunächst auf diplomatischem Wege Abhilfe zu schaffen versucht werde. Repressalien gegen Völkerverleumdungen seien nicht immer wirksam, besonders Rußland gegenüber, dem es ziemlich gleichgültig sei, wie die eigenen Leute behandelt würden. Gegen die Einstellung von Eljah-Bohringern in das französische Heer sei energischer Protest eingelegt worden, eine Antwort darauf aber bisher nicht eingetroffen. Ueber die Frage der Verwendung von Kerginnen äußerte der stellvertretende Kriegsminister sich dahin, daß eine Beschäftigung von Kerginnen in Lazaretten nicht mehr stattfinden solle. Man ging bei dieser Anordnung vorwiegend von der Erwägung aus, daß männliche Kerge in genügender Zahl zur Verfügung ständen und daß andererseits bei dem zurzeit bestehenden Mangel an Zivilärzten die Kerginnen in der Behandlung der Frauen und Kinder, ein Arbeitsgebiet, das ihnen am nächsten liege, besonders gegenwärtig wirken könnten. Vereinzelt Unzuträglichkeiten ließen es zudem erwünscht erscheinen, Kerginnen in militärischen Lazarettbetrieben möglichst nicht zu verpenden. Im übrigen wurde heute auf Fragen zurückgegriffen, die in den letzten Sitzungen bereits erörtert waren. Zum Schluß der Sitzung, in der die Erörterung der Heeresfragen zum Abschluß gelangte, wurden verschiedene Anträge erledigt. Zur Annahme gelangte u. a. ein Antrag auf allgemeine Erhöhung des Verpflegungssatzes auf 1,20 Mark täglich, sowie ein anderer Antrag, nach dem der Reichstag beschließen soll, den Reichsfinanzminister zu ersuchen, die Herstellung von Kriegsbriefmarken anzuordnen. Bevor die Kommission auseinanderging, konnte der stellvertretende Kriegsminister die erfreuliche und mit Begeisterung angenommene Mitteilung machen, daß die Festung Brechtowitz von unseren Truppen eingenommen ist.

Aus der Partei.

Der Streit um Haensch.

Genosse Knoll schickte uns nochmals eine längere Erklärung, in der er mitteilt, daß er durch den Bericht über die Kreiskonferenz, den sein Viertelstündiger in einer Bezirksführung erstattete, zur Abfassung seines Artikels gekommen sei. Unser Urteil wird durch diese ja schon bekannte Darstellung nicht geändert.

Eingehen eines Parteiblattes.

Das Erscheinen der „Oberhessischen freien Presse“ wird mit dem 31. August eingestellt. Die Redaktion und Verlagsteilnehmer sind die durch die Forderung immer größerer Wohnunterkosten und des technischen Personals entstandenen Schwierigkeiten so groß geworden, daß sich eine Aufrechterhaltung des Betriebes nicht mehr ermöglichen ließ.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 22 der „Neuen Zeit“ vom 27. August 1915 hat folgenden Inhalt: Wolf Braun: Politische Wurzeln des Socialismus. — A. Kautsky: Englische Welpen in englischer Beleuchtung. — Heinrich Canow: Vom Wirtschaftsmarkt. — Paul Wolf: Zum Rationalitätenproblem in Belgien. — Rudolf Hilferding: Kritisches Rückblick über die Verhandlungen über die Kriegsbriefmarken. — Gustaf H. Steffen: Weltkrieg und Imperialismus. Dr. Eten Anonon, Inbiden unter der englischen Herrschaft. — Max Bernow, Allgemeine Ethikologie.